Jahresbericht 2017



Inhaltsverzeichnis

- 2 DSW-Fakten 2017
- 3 Mitgliederversammlung der Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW) am 10. November 2017 in München Rede von Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer
- Rede anlässlich der Ehrung von Herrn Dr. Nikolaus von Bomhard am
 10. November 2017 in München Ulrich Hocker, Präsident DSW
- 12 Laudatio zur Verleihung des 8. DSW-Preises für gute Unternehmensführung an Herrn Dr. Nikolaus von Bomhard

Dr. Joachim Faber am 10. November 2017 in München

17 Entgegennahme des Preises für gute Unternehmensführung – Dank und Erwiderung

Dr. Nikolaus von Bomhard am 10. November in München

- 20 Impressionen von der Festveranstaltung zur DSW-Preisverleihung 2017
- 23 Die DSW in der Presse
- 24 Abweichendes Stimmverhalten 2017
- **26 Abfindungsverfahren / Spruchverfahren** *Beteiligung der DSW, Stand: 31.12.2017*
- **27 70 Jahre DSW Eine starke Vereinigung** *Interview zum runden Geburtstag der DSW*
- 33 Impressionen vom Symposium zum 70-jährigen Bestehen der DSW am 30. November 2017
- 36 DSW-Zentrale
- 36 Geschäftsführung
- 36 Präsidium
- 37 Kuratorium
- 38 Landesverbände / Landeskuratorien
- 39 Aufsichtsratsmandate
- 39 Weitere Mitgliedschaften

DSW-Fakten 2017

Die DSW (Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.) wurde 1947 gegründet und ist heute mit mehr als 30.000 Mitgliedern führende deutsche Aktionärsvereinigung.

Service für Mitglieder:

- Aktive Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel für den Anlegerschutz auf politischer Ebene durch Kontakte zu den wichtigen politischen Entscheidungsträgern, durch das Erarbeiten von Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und durch die Teilnahme an den Anhörungen der Bundesausschüsse
- Vertretung von Stimmrechten auf rund 700 Hauptversammlungen deutscher und europäischer Aktiengesellschaften pro Jahr
- Analyse der Management-Aktivitäten sowie der Performance der Unternehmen und gegebenenfalls Oppositionen auf den Hauptversammlungen
- Kostenlose außergerichtliche Erstberatung, insbesondere auf dem Gebiet des Banken- und Aktienrechts
- Unterstützung der DSW-Mitglieder bei der Geltendmachung von Ansprüchen, die sich aus der Beendigung von US-Sammelklagen ergeben
- Einleitung von Gerichtsverfahren, sobald fundamentale Aktionärsrechte verletzt werden
- Als Dachverband der Investmentclubs in Deutschland hilft die DSW interessierten Aktionären bei der Gründung und steht ihnen auch später mit Rat und Tat zur Seite

Weitere Hauptaktivitäten:

- Die DSW ist Mitglied in den Beiräten der Regionalbörsen in Düsseldorf, Berlin, Hannover, München, Stuttgart.
- Außerdem ist die DSW vertreten in der Übernahmekommission der Börsenaufsicht BaFin, in der Kommission Deutscher Corporate Governance Kodex, in der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung e.V. (DPR) sowie in der Börsensachverständigen Kommission (BSK), welche die Bundesregierung in kapitalmarktrelevanten Fragen berät.
- Die DSW ist Partner des Expert Corporate Governance Service (ECGS), einem europäischen Research-Service für institutionelle Investoren.
- Die DSW ist Mitglied bei BetterFinance, einem paneuropäischen Zusammenschluss von Investorenvereinigungen zur Vertretung von Aktionärsinteressen auf EU-Ebene. Hier stellt die DSW aktuell die Vize-Präsidentin.
- Zur Erreichung einer grenzüberschreitenden Vertretung von Stimmrechten auf Hauptversammlungen kooperiert die DSW mit bekannten Institutionen in den USA und Großbritannien.



Mitgliederversammlung der Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW) am 10. November 2017 in München

Rede von Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer

Herr Präsident, liebe Mitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie zur heutigen Mitgliederversammlung Ihrer Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz hier in München begrüßen zu dürfen.

In diesem Jahr ist es mir sogar eine besondere Freude. Denn das Jahr 2017 ist in der Geschichte der DSW wirklich ein Besonderes. Wir feiern ein großes Jubiläum. Die DSW wird 70 Jahre alt. Gebrechlich ist sie allerdings keineswegs. Sondern nach wie vor quicklebendig und für Sie aktiv.

Solche Jubiläen bieten ja immer eine gute Gelegenheit, einen Blick zurück zu werfen. Das werde ich auch tun... allerdings kurz, denn es gibt viel Aktuelles zu berichten.

Aber schauen wir zunächst auf die vergangenen 70 Jahre, in denen Ihre DSW etliches erreicht hat, auf das wir stolz sein können.

In den Jahren nach der Gründung 1947 ging es in erster Linie darum, die für viele Industriebereiche geplante Verstaatlichung zu verhindern. Besonders die chemische Industrie, die Montanindustrie und der Bankensektor standen im Fokus.

Damals – das kann man sich heute nur noch schwer vorstellen – war selbst die CDU der Meinung, man müsse in Deutschland einen "dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Marxismus etablieren. Für den Schutz des Privateigentums, dem sich die DSW seit ihrer Gründung verpflichtet fühlt, keine besonders gute Zeit.

Trotzdem ist es uns bzw. unseren Vorgängern hier bei unserer DSW gelungen, diese Verstaatlichungen zu verhindern und damit das Privateigentum der Aktionäre der betroffenen Unternehmen zu sichern.

In den sechziger Jahren war ein Highlight der Interessenvertretung für die Privatanleger sicher die Reform des Aktiengesetzes. Hier hat die DSW ihre große juristische Kompetenz in die Waagschale geworfen und kann diese Rechtsnorm wohl mit Fug und Recht auch heute noch als DSW-Gesetz bezeichnen.



Mit dem sich mehrenden Wohlstand in Deutschland rückte in den 70er Jahren zunehmend die Frage nach der richtigen Geldanlage in den Fokus. Und wo Geld ist, das mehr oder weniger verzweifelt nach Anlage sucht, sind Betrüger meist nicht weit. Einer der ersten großen Anlagebetrugsfälle in der Geschichte der Bundesrepublik war der Fall des Ex-Taxifahrers Bernie Cornfeld. Mit einer Firma, die auf den klangvollen Namen "Investors Overseas Services" hörte, ergaunerte Cornfeld fast eine Milliarde D-Mark. Der DSW gelang es, dank wirkungsvoller Vertretung der Interessen geschädigter Anleger, am Ende immerhin einen dreistelligen Millionenbetrag zu retten.

Ein echter Meilenstein für die Sicherung der Anlegerrechte war auch das Verfahren gegen die West LB in den 80er Jahren. Die Geschichte ist schnell erzählt: der angeschlagene Baukonzern Beton- und Monierbau – einst der größte Baukonzern Deutschlands – wollte sich mit einer Kapitalerhöhung sanieren. Der dazugehörige Prospekt malte die Unternehmenszukunft in hellsten Farben. Nur wenige Wochen nach der Kapitalerhöhung musste Insolvenz angemeldet werden. Die Aktien waren wertlos. Daraufhin hat die DSW sich mit der Konsortialbank angelegt, der West LB. Das Verfahren endete mit der vollen Entschädigung der betroffenen Aktionäre.

Damit bin ich dann auch schon fast in der Neuzeit angekommen. Und das neue Jahrtausend begann für die Privatanleger gleich mit mehreren Tiefschlägen. Auf der Aktienseite brach der Neue Markt zusammen und riss nahezu alles mit nach unten.

Auf der Anleiheseite wiederum stellte Argentinien den Schuldendienst ein. Als Reaktion darauf hat die DSW die Arbeitsgemeinschaft Argentinien Anleihen gegründet. Denn eins war klar: Privatanleger würden in dem Verhandlungsmarathon rund um die Umschuldung keine Chance haben, wenn sie nicht geschlossen auftreten. Und genau dafür hat die DSW gesorgt. Auch wenn das erzielte Ergebnis kein Grund zum uneingeschränkten Jubeln war, wurden doch erstmals in der Geschichte solcher Verhandlungen Privatanleger bessergestellt als institutionelle Anleger.

Meine Damen und Herren,

sicher könnte ich noch eine ganze Reihe von der DSW geführter, wegweisender Verfahren aufführen oder die Ergebnisse unserer Lobbyarbeit in Berlin und in Brüssel, doch darauf werde ich mit Rücksicht auf die Zeit und Ihre Geduld verzichten.

Stattdessen wende ich mich dem aktuellen Jahr zu. Schließlich bietet das alleine schon eine ganze Menge Stoff. Im Anschluss wird Ihnen dann mein Kollege Thomas Hechtfischer das Zahlenwerk der DSW sowie der DSW Service GmbH präsentieren.

Ganz aktuell kann ich Ihnen von unserer Initiative für die Ex-Postbank-Aktionäre berichten.

Viele Aktionäre scheuen aus Kostengründen ja immer noch davor zurück, ihr Recht einzuklagen und laufen so in die Verjährungsfalle. Ein Schicksal, das aktuell auch im Fall "ehemalige Postbank-Aktionäre gegen Deutsche Bank" droht. Der Vorwurf: Die im Rahmen der Postbank-Übernahme durch die Deutsche Bank gezahlte Abfindung war deutlich zu niedrig.

Gemeinsam mit Therium, einem führenden internationalen Prozessfinanzierer, und dem Team unseres Vizepräsidenten Klaus Nieding, hat die DSW eine Konstruktion entwickelt, die es Betroffenen ermöglicht, sich ohne Kostenrisiko gerichtlich zu wehren. Die Einzelheiten haben wir vorgestern der Presse vorgestellt. Und die vielen Anrufe betroffener Aktionäre zeigen bereits jetzt, wie groß der Bedarf ist.

Für uns ist der Fall "Postbank" hier lediglich ein erstes Referenzprojekt. Wenn das fliegt, werden wir diese Konstruktion noch in vielen weiteren Fällen nutzen.

Meine Damen und Herren,

eines der ganz großen Themen des Jahres war der Zusammenschluss der Linde AG mit dem US-amerikanischen Unternehmen Praxair. Erst vor ein paar Tagen, am 7. November, endete die – verlängerte – Frist, bis zu der Linde-Aktionäre der neuen Gesellschaft Linde PLC ihre Papiere zum Umtausch andienen konnten.

Nach wie vor halten wir den von Linde gewählten Weg zu der Fusion nicht für rechtens. Vielmehr sind wir davon überzeugt, dass eine Entscheidung von einer solchen Tragweite den Aktionären im Rahmen einer Hauptversammlung zur Abstimmung hätte vorgelegt werden müssen. Unserer Rechtsauffassung nach kann es nicht sein, die Zustimmung der Aktionäre zu einer so weitreichenden Unternehmensumgestaltung mit einem Umtauschangebot zu verbinden und so einen HV-Beschluss zu umgehen.

Da Linde aber genau diesen Weg beschritten hat, haben wir, in enger Zusammenarbeit mit und unter Leitung unserer Vizepräsidentin Daniela Bergdolt beim Münchner Landgericht nun ganz aktuell eine Klage auf Feststellung eingereicht.

So ist es eine der grundlegenden Aufgaben der DSW, sozusagen der Kern, die grundlegenden Rechte der Anteilseigern zu verteidigen und im Notfall auch gerichtlich klären zu lassen. Hier ziehen wir alle an einem Strang und dieser Geist wird von dem DSW-Präsidium, in der Geschäftsführung und auch von allen weiteren DSWlern geteilt und bewusst getragen.

Ein anderer großer Fall begleitet uns nun schon eine ganze Weile und wird uns wohl auch im kommenden Jahr beschäftigen.

Dabei ist die Hauptfrage, die im laufenden Verfahren gegen die Volkswagen AG gerichtlich geklärt werden soll, einfach: Hat der Autobauer seine Aktionäre rechtzeitig mittels Ad-Hoc-Mitteilung über den Einsatz manipulierter Dieselsoftware informiert oder hat er nicht?

Da das Ganze im Rahmen eines sogenannten Kapitalanlegermusterverfahrens verhandelt wird, hatten betroffene Aktionäre die Möglichkeit, sich bis spätestens sechs Monate nach Bekanntgabe der Eröffnung – hier also bis zum 08. September 2017 –, dem Verfahren anzuschließen. Wir hatten frühzeitig auf diesen kostengünstigen "Seiteneingang" hingewiesen.





Neben unternehmensspezifischen Themen hat natürlich auch die Politik wieder eine wichtige Rolle auf der DSW-Agenda gespielt. Dabei liegt unser Augenmerk neben Berlin vor allem auf Brüssel.

In der öffentlichen Diskussion war im Jahr der Bundestagswahl der Fokus allerdings fast ausschließlich auf die Bundeshauptstadt gerichtet.

Und die Wähler haben den Parteien nun wirklich keine leichte Aufgabe gestellt. Das zeigen die Sondierungsgespräche zur sogenannten Jamaika-Koalition täglich. Kein Wunder: Die Voraussetzungen für die Einigung auf einen Koalitionsvertrag sind alles andere als einfach. Die Positionen der beteiligten Parteien liegen teilweise sehr weit auseinander und der Reformbedarf ist in etlichen Politikbereichen mittlerweile riesig. Auch beim Anlegerschutz und beim Thema Altersvorsorge hat sich ein regelrechter Reformstau aufgebaut. Wir sehen eine ganze Reihe von Punkten, die eine neue Regierung möglichst schnell anpacken sollte. Lassen Sie mich auf ein paar davon hier genauer eingehen.

Eine der entscheidenden Fragen wird sein, ob es einer neuen Regierung gelingt, Anlegern eine eigenverantwortliche Vorsorge mit Aktien und Wertpapieren zu ermöglichen. Wie wichtig es ist, dass der Staat auch bei der Besteuerung klare, die Eigenverantwortung nicht im Keim erstickende Signale setzt, zeigt die Niedrigzinsphase, die den deutschen Sparer erheblich schmerzt und die vor allem auf Sparprodukten basierende Altersvor-

sorge wertmäßig aufzehrt. Hier gilt es, zu unterstützen statt zu bremsen. Die neue Regierung muss ein Steuermodell finden, das deutlich mehr motiviert, die langfristige Altersvorsorge in die eigenen Hände zu nehmen.

Klar scheint zu sein, dass die Tage der Abgeltungssteuer gezählt sind. Aus unserer Sicht kann ein Einfaches "Ab jetzt werden eben alle Kapitalerträge ebenfalls mit dem jeweiligen Einkommensteuersatz besteuert" aber nicht die Antwort sein. Schon gar nicht, wenn das Ziel ein Steuersystem ist, das Anlage fördert und nicht behindert.

Was wir stattdessen brauchen ist eine grundlegende, anlegerorientierte Reform. Dazu gehört eine Spekulationsfrist von 1 bis 2 Jahren, nach deren Ablauf Gewinne aus Wertpapierverkäufen steuerfrei vereinnahmt werden können. Dazu gehört die Einführung eines EU-Rechtskonformen Halbeinkünfteverfahrens für Dividendenzahlungen, um endlich Schluss zu machen mit der unerträglichen Doppelbesteuerung ausgeschütteter Unternehmensgewinne. Und dazu gehört die deutliche Erhöhung des Sparerfreibetrags.

Regulatorischen Änderungsbedarf sehen wir bei der Managerhaftung. Die Fälle der Vergangenheit haben eindringlich gezeigt, wie wichtig eine direkte Haftung der Unternehmensorgane, also Vorstand und Aufsichtsrat, wäre. Ein Teil der Lösung liegt bereits seit etlichen Jahren in einer Schublade des Bundesfinanzministeriums. Mit dem Kapitalmarktinformationshaftungsgesetz, kurz

KapInHaG, gibt es einen Gesetzesentwurf, der für eine direkte Haftung der Organe sorgen würde. Nach aktueller Rechtslage sind Aktionäre in solchen Fällen gezwungen, ihre eigene AG auf Schadenersatz zu verklagen, wie es etwa beim VW-Skandal gerade passiert. Mit diesem Widersinn würde das KapInHaG sofort Schluss machen.

Neben der Haftung gehört für die DSW das Thema Vorstandsvergütung ganz oben auf die Reformagenda. Hier geht es in erster Linie um mehr Transparenz und die Möglichkeit, zu Unrecht gezahltes Geld wieder zurück zu holen. Die Vergütungssysteme und -berichte müssen deutlich entschlackt werden. Zudem darf es keinen Vorstandsvertrag mehr ohne sogenannte Clawback-Klausel geben. Solche Klauseln ermöglichen die Rückforderung bereits gezahlter Boni, wenn honorierte Leistungen etwa auf Betrug beruhen. Deshalb gehört die Verpflichtung dazu ins Aktiengesetz.

Meine Damen und Herren,

bei aller Konzentration auf die aktuellen Gespräche in Berlin, dürfen wir als Organisation, deren Anspruch es ist, Ihre Interessen auch auf dem politischen Parkett möglichst umfassend und wirkungsvoll zu vertreten, Brüssel und damit die EU selbstverständlich nie aus den Augen verlieren. Schließlich haben die meisten Gesetze im Bereich Anlegerschutz mittlerweile ihren Ursprung in der belgischen Hauptstadt.

Umso mehr freue ich mich, Ihnen berichten zu können, dass das Gewicht, das Ihre DSW in Brüssel in die Waagschale werfen kann, in diesem Jahr wieder deutlich zugenommen hat.

So haben die Mitglieder von Better Finance mit Jella Benner-Heinacher die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der DSW zur Präsidentin gewählt. Better Finance ist der europäische Dachverband der nationalen Anlegerschutzorganisationen und ist mit mittlerweile 30 Mitgliedsorganisationen die größte Vereinigung von Privatinvestoren in Europa.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Frau Benner-Heinacher auch noch einmal ganz offiziell zu ihrer Wahl zu gratulieren.

Die DSW übernimmt zudem immer mehr die Rolle eines wichtigen Ratgebers der Europäischen Kommission, wenn es um Fragen des Anlegerschutzes geht. Das zeigt nicht zuletzt die Berufung von Christiane Hölz, DSW-Landesgeschäftsführerin NRW und ausgewiesene Fachfrau in Sachen EU-Recht, in eine 12-köpfige Expertengruppe,

die der Kommission mit Blick auf die technischen Aspekte der Umsetzung der EU-Aktionärsrechterichtlinie beratend zur Seite stehen soll. Frau Hölz, der ich ebenfalls ganz herzlich zu der Berufung gratuliere, wurde als einzige Vertreterin der Privatanlegerinteressen überhaupt in das hochkarätig besetzte Gremium berufen.

Aber auch hier in Deutschland sind wir in vielen bedeutenden Gremien vertreten, wie in nahezu allen Börsenräten, in der Börsensachverständigenkommission mit Frau Benner-Heinacher oder in der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex, wo ich vor zwei Jahren Herrn Hocker nachgefolgt bin. Herr Hechtfischer ist unser Vertreter bei dem sogenannten Finanzmarkwächter bei den Verbraucherzentralen und Herr Nieding überwacht die Wirtschaftsprüfer an oberster Stelle.

Meine Damen und Herren,

wie Sie sehen, sind wir auf sehr vielen Ebenen für Sie aktiv. Trotzdem verlieren wir einen der wichtigsten Fixpunkte unserer Arbeit, die Vertretung Ihrer Interessen auf den Hauptversammlungen, nie aus den Augen.

Immerhin rund 650 Hauptversammlungen haben die Vertreter der DSW auch in diesem Jahr wieder europaweit besucht.

Insgesamt war die HV-Saison dabei recht ruhig. Mit Blick auf die guten wirtschaftlichen Rahmendaten und den damit verbundenen meist guten Zahlen war das kaum anders zu erwarten.

Klar ist: Unternehmen, die jetzt Probleme haben, trotz niedrigster Refinanzierungskosten, trotz moderat bewertetem Euro, trotz billigem Öl und überwiegend einkaufswilligen Verbrauchern, werden sich gewaltig anstrengen müssen, sobald die Rahmenbedingungen sich wieder verschlechtern.

Trotzdem gab es natürlich extrem kontroverse Aktionärstreffen. Und oft ging es dabei nicht um Bilanzthemen.

So haben wir auf der Daimler-Hauptversammlung dem Aufsichtsrat die Entlastung verweigert. Hintergrund ist dabei nicht die operative Leistung im Geschäftsjahr 2016, welche wir sehr wohl anerkennen, sondern die vom Daimler-Aufsichtsrat im Zusammenhang mit dem sogenannten LKW-Kartell getroffene Entscheidung, keine Schadensersatzansprüche gegen ehemalige oder amtierende Vorstände und Manager geltend machen zu wollen.



Die EU-Kommission hatte Mitte 2016 wegen verbotener Preisabsprachen eine Rekordgeldbuße von insgesamt fast 3 Milliarden Euro gegen verschiedene LKW-Hersteller verhängt. Allein auf die Daimler AG entfällt eine anteilige Geldbuße in Höhe von gut einer Milliarde.

Dass – auf Basis der bisherigen Beschlusslage im Aufsichtsrat – allein die Aktionäre diese Kartellstrafe und die Folgeschäden zu tragen haben, ist für die DSW nicht hinnehmbar. Irritiert hat uns zudem der frühe Zeitpunkt der Festlegung. Derartige Kartellstrafen sind in der Regel erst der Anfang. Fälle wie Thyssenkrupp haben gezeigt, dass Klagen geschädigter Kunden folgen, die sich ebenfalls im Milliardenbereich bewegen können.

Meine Damen und Herren,

wir schauen aber nicht nur auf die großen Tanker und Aktiengesellschaften. Auch bei den kleineren und mittleren AGs sind wir vor Ort und für unsere Mitglieder am Ball.

Mit Sorge sehen wir hier etwa den sich verfestigenden Trend, Aktionären im Rahmen der Hauptversammlung eine Art Abstimmungsfalle zu stellen, wenn es um Verschmelzungen oder Formumwandlungen zum Beispiel von der AG in eine KG geht.

Nachdem wir dies erst bei der Deutschen Office AG und dann bei der KWG AG mit ansehen mussten, war es am 19. Juni schon wieder soweit.

Auf der Hauptversammlung der Kontron AG war das Hauptthema die Verschmelzung des Herstellers von Computertechnologie auf die S&T Deutschland Holding AG. Das Problem: Laut Verschmelzungsvertrag wurde nur denjenigen Aktionären eine Barabfindung angeboten, die auf der Hauptversammlung gegen den Verschmelzungsvertrag Widerspruch zu Protokoll erklärten. Wer also nicht auf der Hauptversammlung vertreten war oder sich vertreten ließ, konnte das Angebot nicht nutzen.

Die Fälle zeigen, wie entscheidend es sein kann, seine Stimmen auf der Hauptversammlung selbst zu vertreten oder – am besten natürlich durch die DSW – vertreten zu lassen.

Mir ist selbstverständlich klar, dass ich mit diesem Appell bei dem heute hier anwesenden Publikum sozusagen Eulen nach Athen trage. Es ist mir aber wichtig darauf hinzuweisen, dass wir auch diese massive Lücke im Anlegerschutz erkannt haben, und aktiv dagegen steuern werden. Meine Damen und Herren,

damit verlasse ich die reine Unternehmensebene und komme zu einem Tätigkeitsfeld der DSW, das für uns – gerade was die Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit und bei den wichtigen Multiplikatoren in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft angeht – eine sehr große Bedeutung hat.

Ich rede von den Studien, die wir erstellen, und von denen die meisten mittlerweile einen solchen Grad an Anerkennung erreicht haben, dass ihre Ergebnisse die jeweiligen Debatten nachhaltig prägen. Dazu gehört neben der Vorstandsvergütungsstudie, die wir gemeinsam mit der TU München erstellen, sicher auch die Aufsichtsratsstudie oder unsere Dividendenstudie – um nur drei zu nennen.

Sicher ist die Arbeit, die seitens der bei uns damit befassten Mitarbeiter in diese Studien gesteckt wird, enorm. Aber der Output kann nicht hoch genug bewertet werden. Damit ist nicht nur der reine Erkenntnisgewinn gemeint. Sondern auch die Tatsache, dass an uns aufgrund der von Medien, Politik und Wirtschaft anerkannten Kompetenz in diesen Themenbereichen eigentlich kein Weg mehr vorbeigeht.

Meine Damen und Herren,

leider kann ich aufgrund der Kürze der Zeit auf der einen Seite und der Fülle der Tätigkeiten der DSW auf der anderen Seite die einzelnen Aktivitäten immer nur kurz anreißen.

Nachdem ich das mit den großen Blöcken HV, Studien und Lobbyarbeit so gemacht habe, bleibt mir für die vierte DSW-Säule, die Veranstaltungen, nichts anderes übrig, als ebenso zu verfahren.

In diesem Jahr war die Frequenz wieder ausgesprochen hoch. Insgesamt rund 75 Veranstaltungen haben wir im Laufe des Jahres durchgeführt. Bis zum Jahresende werden noch gut 20 dazu kommen – teilweise 2 an einem Tag.

Im Schnitt können wir pro Veranstaltung etwa 150 Besucherinnen und Besucher begrüßen. Damit dürften die DSW-Aktienseminare deutschlandweit zu den etabliertesten und erfolgreichsten Formaten im Bereich Investor Education zählen.

Etwas neuer, aber dennoch höchst interessant, ist auch ein Angebot, welches wir zusammen mit der Frankfurter Börse umsetzen: ein Börsenführerschein in 14 Episoden, in dem man alles rund um die Börse und ums Anlegen lernt.

Darauf sind wir – wie ich finde – zurecht stolz.

Ebenso etabliert ist mittlerweile die Festveranstaltung anlässlich der Verleihung des DSW-Preises für gute Unternehmensführung, der nun auch schon zum achten Mal vergeben wird.

Meine Damen und Herren,

die fünfte und wichtigste Säule unserer Arbeit sind allerdings weder die Veranstaltungen noch die Studien. Das Wichtigste ist und bleibt die Arbeit für Sie, unsere Mitglieder. Deshalb legen wir auf den Hauptversammlungen – wenn notwendig – unsere Finger in die Wunden, deshalb sind wir auf den politischen Bühnen in Berlin und Brüssel als Vertreter der Interessen von Privatanlegern aktiv, deshalb arbeiten wir in Fällen wie Linde oder Volkswagen an rechtlichen und verantwortlichen Lösungsmöglichkeiten. Deshalb sind wir bemüht, unser Serviceangebot immer weiter auszubauen.

Und deshalb sind wir direkt ansprechbar. Eine Möglichkeit, die auch im laufenden Jahr wieder von vielen Mitgliedern genutzt wurde. Pro Tag gehen bei uns bis zu 100 Anfragen ein. Für dieses uns entgegengebrachte Vertrauen möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Ich hoffe, dass Sie auch in Zukunft aktiv auf das Know how Ihrer DSW zurückgreifen werden und uns auch in ihrem Umfeld empfehlen.

Dazu passt ganz gut, dass wir Ihnen auch einmal etwas ganz Konkretes zurückgeben möchten, nämlich Bares. So haben wir eine Werbeaktion ins Leben gerufen, bei der Sie für jedes von Ihnen geworbene Mitglied 70 Euro als Prämie erhalten. Eine schöne Rendite und übrigens ist es durchaus erlaubt, auch mehrere Mitglieder zu gewinnen.

Meine Damen und Herren,

selbstverständlich und von Herzen möchte ich natürlich die Gelegenheit heute nutzen, mich bei den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DSW für ihre Arbeit und ihr Engagement zu bedanken. Ich weiß, dass es manchmal sehr stressig ist, da unsere Mannschaft eben nicht 100 Leute umfasst. Umso herzlicher möchte ich "vielen Dank" sagen und hoffe, dies auch in Ihrem Namen zu tun.

Mein Dank gilt natürlich ebenso unseren vielen ehrenamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, ohne die wir völlig aufgeschmissen wären. Allein der Besuch der eigentlich unfassbaren Zahl von 650 Hauptversammlungen wäre ohne sie schlicht unmöglich. Zudem profitieren wir sehr von den Anregungen und Ideen, die immer wieder aus diesem Kreis an uns herangetragen werden.

Besonders gilt mein Dank dabei unseren Landesgeschäftsführerinnen und Landesgeschäftsführern, die sich neben ihrer sowieso schon aufreibenden beruflichen Tätigkeit, in einem Ausmaß für die DSW engagieren, dass wir immer wieder überwältigt sind.

Vielen Dank für diesen Einsatz!

Ich hoffe, ich konnte Ihnen einen kleinen Überblick über unsere Aktivitäten im Jahr 2017 geben.

Nun folgt Herr Hechtfischer mit den Erläuterungen des Zahlenwerkes.

Zuvor gebe ich aber das Wort an unseren Präsidenten und Versammlungsleiter zurück.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Rede anlässlich der Ehrung von Herrn Dr. Nikolaus von Bomhard am 10. November 2017 in München

Ulrich Hocker, Präsident DSW

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es freut mich sehr, dass ich Sie heute Abend anlässlich der Verleihung des DSW-Preises für gute Unternehmensführung als unsere Gäste hier in München in dieser schönen Location begrüßen darf.

Besonders freue ich mich natürlich Sie, Herr Dr. von Bomhard, begrüßen zu dürfen. Einen würdigeren Preisträger hätten wir uns nicht wünschen können.

Umso schöner, dass auch Sie, Frau von Bomhard, heute Abend dabei sind.

Natürlich wäre die Verleihung eines solchen Preises ohne einen namhaften Laudator nicht denkbar.

Wir sind sehr glücklich, dass wir mit Herrn Dr. Faber, dem langjährigen Vorstandsvorsitzenden der Allianz Asset Management, einem der weltgrößten Vermögensverwalter, und aktuellen Aufsichtsratschef der Deutschen Börse, einen perfekten Laudator gefunden haben.

Herr Dr. Faber, es freut mich sehr, dass Sie heute Abend bei uns sind, um diese Aufgabe zu übernehmen.

Auch Sie Frau Faber, begrüße ich ganz herzlich.

Meine Damen und Herren,

mit dem Preis für gute Unternehmensführung, den die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz mittlerweile bereits zum achten Mal verleiht, würdigen wir Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Lehre, die auf den Feldern Innovation, Werterhaltung und Wertschaffung besonderes geleistet haben – Personen also, die sich aktiv für die Wertschätzung des Privateigentums eingesetzt haben. Und damit für einen Wert, dem die DSW seit ihrer Gründung vor nunmehr 70 Jahren verpflichtet ist.



Die Verleihung findet bereits zum zweiten Mal in München statt und sie geht mit Herrn Dr. von Bomhard zum dritten Mal an eine Persönlichkeit, die ihre beruflichen Wurzeln in dieser Stadt hatte oder noch hat.

Die Zahlen sprechen für sich:

In München und direkter Umgebung haben zurzeit sechs DAX-Gesellschaften ihren Sitz. "Noch" muss man leider sagen, da die Linde AG im Zuge der Fusion mit dem US-Unternehmen Praxair den Hauptsitz nach Irland verlegen wird. Aber auch mit fünf DAX-Gesellschaften bleibt München unangefochten an der Spitze.

Die Münchner Mischung sorgt zudem dafür, dass hier neben den großen auch viele kleine und mittlere börsennotierte Unternehmen zu finden sind: Hier sind fünf SDAX, sechs MDAX- und sieben TecDAX-Firmen beheimatet. Letztere machen München zu dem High-Tech-Standort in Deutschland – deutlich vor Berlin.

Stellt sich die Frage nach dem "Warum?". Was macht München so besonders? Die CSU alleine kann es nicht sein, schließlich wird die Stadt seit Kriegsende fast durchgängig von der SPD regiert. Ein wichtiger Grund sind sicher die Münchner Universitäten, die zum Besten gehören, was Deutschland im Bereich der Lehre zu bieten hat.

Meine Damen und Herren,

dass München nicht nur eine Stadt der Wirtschaft und der Lehre ist, sondern auch eine der Politik, muss ich in diesem Kreis nicht extra betonen.

Es wäre also eine vergebene Chance, hier nicht die Gelegenheit zu nutzen, einige der politischen Forderungen der DSW an eine neue Regierung anzubringen.

Klar ist, dass das Ergebnis der Bundestagswahl die politische Landschaft in Deutschland nachhaltig verändert hat. Da kein politisches Lager eine Mehrheit erhalten hat, dürfte die Durchsetzung echter Reformen noch schwieriger werden, als dies bisher schon der Fall war. Dabei ist der Bedarf in etlichen Politikbereichen mittlerweile gewaltig. Auch beim Anlegerschutz gibt es Handlungsbedarf.

Massiven Nachholbedarf sieht die DSW etwa bei dem Schutz der Anleger vor fehlerhafter Anlageberatung. Die bisherigen Versuche der Politik, hier gegenzusteuern, sind entweder ins Leere gelaufen, oder haben die Situation betroffener Anleger sogar verschlechtert. Weder die Einführung des Beratungsprotokolls, noch die Pflicht zur Veröffentlichung von Produktinformationsblättern, haben etwas an der schwachen rechtlichen Position der Anleger in solchen Streitfällen geändert. Dabei ist die Lösung alles andere als kompliziert: Wir brauchen die Beweislastumkehr. Die Bank sollte beweisen müssen, dass ihre Beratung korrekt war und nicht – wie es heute der Fall ist – der Anleger, dass er falsch beraten wurde.

Neben eher juristisch geprägten Anlegerschutzthemen, gibt es auch ein sehr handfestes Steuerthema, das uns in den kommenden Wochen sicher noch intensiv beschäftigen wird. Es geht um die Abgeltungssteuer, von der ich wahrlich kein Fan bin. Trotzdem bereitet mir die aktuelle Diskussion Sorge. Zeigt sie doch, dass in der Politik die Bedeutung der Aktie als renditeträchtiges Langfristinvestment gerade für Privatanleger nach wie vor sträflich unterschätzt wird.

Themen wie drohende Altersarmut oder auch das Auseinanderdriften von arm und reich würden deutlich an Brisanz verlieren, wenn es endlich gelänge, den Deutschen die Geldanlage in Aktien näher zu bringen. Doch

was geschieht stattdessen? Die Diskussion dreht sich um die Frage, ob Kapitalerträge nicht genauso besteuert werden müssten wie Arbeitseinkommen.

Das ist gleich aus zwei Gründen fatal: Zum einen wird hier zu Lasten der Aktionäre eine Gerechtigkeitsdiskussion aufgemacht, wo es überhaupt keine Gerechtigkeitslücke gibt. Zum anderen wird die Trennung in den Köpfen zwischen Aktionären – von einigen Teilen der Politik auch gerne als Spekulanten verunglimpft – und Arbeitnehmern weiter zementiert.

Wir sind überzeugt, dass das weder gesellschaftlich noch volkswirtschaftlich Sinn ergibt und hätten durchaus einige Vorschläge, wie die Akzeptanz der Aktienanlage bei Privatanlegern deutlich verbessert werden könnte. Das wäre – gerade mit Blick auf den demografischen Wandel und die damit verbundenen Herausforderungen für das staatlich finanzierte Rentensystem – dringend erforderlich.

Die Deutschen sind schließlich ein echtes Paradoxon, wenn es um die Geldanlage geht:

Obwohl die Sparrate hierzulande mit knapp 10 Prozent international nach wie vor zu den höchsten gehört, bleibt die Vermögensbildung deutlich zurück. Der Medianwert beträgt rund 60.000 Euro pro Erwachsenem. Damit liegt Deutschland weit abgeschlagen hinter Ländern wie Belgien, Niederlande, Italien oder Frankreich, um nur einige zu nennen.

Mit ein Grund dafür ist das fehlgeleitete Anlageverhalten der Deutschen. Selbst in absoluten Niedrigzinsphasen, wie wir sie derzeit erleben, liegt der mit Abstand größte Teil der Ersparnisse deutscher Anleger auf Giroder Tagesgeldkonten sowie in Lebens- oder Rentenversicherungen. Das ist – freundlich ausgedrückt – eine Katastrophe.

Dabei hätte die Politik durchaus Möglichkeiten, hier gegenzusteuern.

So wäre etwa die Rückkehr zu einer angemessenen Spekulationsfrist von 1 bis 2 Jahren zielführend, nach deren Ablauf Gewinne aus Wertpapierverkäufen steuerfrei vereinnahmt werden können. Hilfsweise wäre auch eine Besteuerung von Kursgewinnen mit einem degressiven Steuersatz möglich, um langfristige Anlagen zu fördern. Dies würde auch Mitarbeiterbeteiligungsprogramme wieder attraktiver machen.



Bei den Dividenden, bei denen ja unter der aktuell geltenden Abgeltungssteuer schon eine massive Doppelbesteuerung vorliegt, droht mit der sich abzeichnenden Umstellung auf eine Versteuerung mit persönlichem Steuersatz, eine weitere deutliche Steuererhöhung. Zusammen mit der auf Unternehmensgewinne anfallenden Körperschaftsteuer sowie der Gewerbesteuer würde die Gesamtbelastung der ausgeschütteten AG-Gewinne dann selbst für Durchschnittsverdiener über die 50-Prozent-Marke steigen. Das ist inakzeptabel. Wir halten hier ein Festhalten an der Abgeltungsteuer oder – noch besser – die Einführung einer EU-rechtlich unbedenklichen Variante des bis zum Jahr 2008 in Deutschland gültigen Halbeinkünfteverfahren für richtig.

Wie Sie sehen, gäbe es für die neue Regierung eine ganze Reihe von Aufgaben im Bereich des Anlegerschutzes und auch der privaten Altersvorsorge. Ich könnte die Aufzählung fortführen. Doch selbst dieser kurze Parforce-Ritt durch die politischen Themen zeigt schon, warum bis heute noch kein Politiker mit dem DSW-Preis ausgezeichnet wurde. Schließlich geht dieser an Personen, die sich um die Wertschätzung des Privateigentums besonders verdient gemacht haben.

Meine Damen und Herren,

bei dem diesjährigen Preisträger ist die Frage, ob er sich aktiv für die Wertschätzung des Privateigentums eingesetzt hat, schlicht und einfach mit "Ja" zu beantworten.

Ohne Herrn Dr. Faber zu weit vorzugreifen, würde ich gerne ein paar Worte zur Begründung der Auszeichnung von Herrn Dr. von Bomhard durch die DSW sagen.

Immerhin 13 Jahre stand Dr. von Bomhard an der Spitze der Münchner Rück, oder besser der Munich Re, und hat während dieser Zeit den größten Rückversicherer der Welt im besten Sinne des Wortes geprägt.

Seriosität und Solidität sind die Attribute, die wohl den meisten einfallen, wenn sie auf Herrn Dr. von Bomhard angesprochen werden. Mit seiner Meinung hat er dabei niemals hinterm Berg gehalten. So war immer klar, wie er die aktuelle Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sieht – nämlich ausgesprochen kritisch – oder was er von geldgierigen Topmanagern hält – nämlich nichts.

Dr. von Bomhard war erst der achte Firmenchef in der langjährigen Geschichte des Münchner Konzerns. Als er 2004 antrat, waren die Zeiten alles andere als einfach. Die auf niedrigem Niveau seitwärts tendierenden Kurse an den Aktienmärkten setzten dem Unternehmen zu, das Engagement bei der Hypo-Vereinsbank wurde immer mehr zur Belastung. Zu Beginn seiner Amtszeit ging es also vor allem darum, das Vertrauen der Anleger zurückzugewinnen. Das ist Herrn Dr. von Bomhard zweifellos gelungen.

Auch die Folgejahre waren von Herausforderungen geprägt. Doch die Münchner Rück blieb auf Kurs – oder besser, sie wurde von Herrn Dr. von Bomhard auf Kurs gehalten.

Für die Aktionäre besonders erfreulich war dabei immer die Dividendenpolitik. Seit 1970 hat die Münchner Rück ihre Dividende nicht gekürzt. In diesem Jahr schüttete der Versicherer absolut die höchste Dividende pro Aktie aller 30 DAX-Konzerne aus und das bei einer Dividendenrendite von rund 4,9 Prozent.

Meine Damen und Herren,

jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, das Wort an jemanden zu übergeben, der Herrn Dr. von Bomhard sehr gut kennt und die Herausforderungen, denen man sich als Manager gerade im Finanzbereich stellen muss, wirklich einordnen kann.

Wir freuen uns sehr, dass Sie, Herr Dr. Faber, heute Abend die Laudatio halten werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Dr. Faber, the floor is yours.

Laudatio zur Verleihung des 8. DSW-Preises für gute Unternehmensführung an Herrn Dr. Nikolaus von Bomhard

Dr. Joachim Faber am 10. November 2017 in München

Lieber Herr Hocker, liebe Charlotte von Bomhard, lieber Nikolaus von Bomhard, meine sehr verehrten Damen und Herren,

die deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz hat sich entschieden, den Preis für gute Unternehmensführung in diesem Jahr an Dich, lieber Nikolaus von Bomhard, zu vergeben. Ich bin an diesem Abend der zweite, der Dir sehr herzlich zu dieser Auszeichnung gratulieren darf. Es entspricht guter Tradition, dass ein Wegbegleiter des Preisträgers den anwesenden Gästen die Gründe für die Entscheidung aus seiner Perspektive darzulegen versucht. Ich habe diese Aufgabe sehr gerne angenommen.

Sie ist für mich eine besondere Ehre und Freude zugleich. Denn mit Nikolaus von Bomhard wird nicht nur ein Manager geehrt, der sich um sein Unternehmen besonders verdient gemacht hat, was mit Blick auf die Turbulenzen der vergangenen Jahre alleine schon eine Leistung ist und worauf ich gleich eingehen werde. Sondern auch jemand, dessen couragiertes Engagement das Ansehen der Wirtschaft insgesamt gefördert hat. Ich betone diesen Aspekt deshalb so pointiert, weil leider die Akzeptanz für die Voraussetzungen unseres gesellschaftlichen Wohlstands in der öffentlichen Diskussion besorgniserregend gelitten hat. Ich meine damit die gerade auch von der DSW stets hochgehaltenen Faktoren erfolgreichen Wirtschaftens, wie etwa das dem Gemeinwohl verpflichtete Eigentum, die unternehmerische Freiheit und Verantwortung im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft, oder die prinzipielle Offenheit der weltweiten Kapitalmärkte, limitiert selbstverständlich durch angemessene Regulierung.

Diese Vorbedingungen unseres wirtschaftlichen Erfolgs gerade in Deutschland sind keinesfalls selbstverständlich, sie müssen stets aufs Neue begründet und verteidigt werden. Nur allzu leicht werden sie von Themen die scheinbar, ich betone: scheinbar, "näher am Menschen" sind, überlagert. Im gerade beendeten Bundestags-



wahlkampf haben wir erneut gesehen, dass auch sonstige wichtige Themen unserer Gesellschaft, beispielsweise der Klimawandel, die Altersvorsorge, der demographische Wandel oder die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, von populäreren, oft populistischeren, Themen verdrängt wurden. Übrigens nur zu oft von gerade denjenigen betrieben, die selbst am lautesten ihren politischen Gegnern genau diesen Populismus vorwerfen.

Ich nehme den Kern meiner Aussagen heute Abend vorweg: Nikolaus von Bomhard, hat über die Verdienste für Munich Re hinaus, was ich als gute Unternehmensführung im engeren Sinne bezeichnen möchte, auch im erweiterten Sinne Wert für die Unternehmenskultur geschaffen.

Indem er konsequent und nachhaltig seine Stimme zu wichtigen gesellschaftlichen Themen erhoben und damit in einer gefühlt orientierungslos gewordenen Welt ordnungs- und gesellschaftspolitisch klare Richtungsimpulse gegeben hat.

Aber der Reihe nach. Bevor ich Ihnen, verehrte Gäste, diese Verdienste des Preisträgers näher darlegen werde, lassen Sie mich noch einige biografische Hinweise voranstellen. Wo kommt Nikolaus von Bomhard her, was waren seine wichtigsten beruflichen Stationen?



Geboren wurde er 1956 in Gunzenhausen. Die Stadt, davon gehe ich aus, ist jedem Anwesenden hier gut bekannt. Wo das ausnahmsweise nicht der Fall sein sollte, hier ein Nachtrag: Gunzenhausen hat 16.000 Einwohner, was sie zur immerhin zweitgrößten Gemeinde ihres mittelfränkischen Landkreises macht. Zu den Erhebungen zählen der Wurmbacher Berg, der Bühl und der Büchelberg. Zum Zeitpunkt der Geburt Nikolaus von Bomhard war sie kein internationaler Finanzplatz oder Versicherungsstandort mit globaler Bedeutung.

Sie wurde es auch später nicht, sie erhielt nie die Chance dazu, denn die Familie von Bomhard zog bald nach der Geburt des heute Geehrten ins ferne München.

Dort besuchte Nikolaus von Bomhard zunächst das traditionsreiche humanistische Maximiliansgymnasium. Nach Abitur und Wehrdienst studierte er Jura an der LMU München, deren Hochschulrat er übrigens seit 2003 angehörte und mehrere Jahre auch leitete. An der Universität Regensburg schrieb er seine Promotion über ein steuerrechtliches Thema. Seine berufliche Tätigkeit begann er 1985 als Trainee bei Munich Re. Er lernte das sogenannte Underwriting, also die Zeichnung des Rückversicherungsgeschäfts, von der Pike auf. Während eines dreijährigen Aufenthalts in São Paulo baute er die Niederlassung von Munich Re in Brasilien auf. Im Jahr 2000 wurde er in den Vorstand berufen, mit Zuständigkeit für die Region Lateinamerika und die nicht deutschsprachigen Märkte in Europa.

2004 wurde er als achter Unternehmenschef seit Gründung im Jahre 1880 zum Vorstandsvorsitzenden ernannt, als Nachfolger Hans-Jürgen Schinzlers, auch das übrigens ein Name, der im Kontext verantwortungsvoller und an Prinzipien orientierter Unternehmensführung einen guten Klang hat. Ende April dieses Jahres ging von Bomhard in Pension. Viele Stimmen fordern, dass er nach Ende der zweijährigen Abkühlperiode dann als Vorsitzender des Aufsichtsrats erneut eine bestimmende Funktion für das Unternehmen einnehmen möge. Dazu schweigt er, natürlich, eisern. Wir werden sehen.

Nikolaus von Bomhard übernahm seinerzeit, wir schreiben das Jahr 2004, ein Unternehmen mit existentiellen Herausforderungen. Angesichts des für viele als sperrig wahrgenommenen Geschäfts der Rückversicherung war dies zwar in Fachkreisen, aber nicht so sehr in der breiten Öffentlichkeit bekannt. Das änderte aber nichts an dem hohen Erwartungsdruck, der auf dem jungen Vorstandsvorsitzenden lastete.

Was waren die Probleme? Nach der Tech Krise 2001 und 2002 befand sich der DAX zunehmend auf Talfahrt, die sog. Deutschland AG löste sich auf. Munich Re hatte damals den Fokus stark auf Investmenterträge gelegt. Der phasenweise deutlich zweistellige Aktienanteil bei den Kapitalanlagen – zur Einordnung: heute sind es um die 5% - hatte bis dahin für hohe Kursgewinne gesorgt. Diese stellten die Erträge aus dem Versicherungsgeschäft weit in den Schatten. Die Folgen sind bekannt. Ein besonderes Problem unter Risikomanagementgesichtspunkten bedeutete die Überkreuzbeteiligung mit der Allianz und einigen deutschen Banken, die 2002 und 2003 zu einer Spirale der Abschreibungen bei den Kapitalanlagen führte. Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde damit stark in Mitleidenschaft gezogen. Ende 2003 war eine Kapitalerhöhung von 4 Milliarden Euro notwendig, die Nikolaus von Bomhard, noch nicht einmal im Amt, gemeinsam mit dem CFO dem Kapitalmarkt nahe zu bringen hatte.

In diese Zeit fällt auch der Verlust des für einen führenden Rückversicherer damals besonders wichtigen AAA-Ratings bei Standard & Poors, man rutschte in den Single-A-Bereich.

Das war die Ausgangslage für Nikolaus von Bomhard, als er am 1. Januar 2004 sein Amt antrat. Was tat er in dieser Situation? Nicht weniger, als das Unternehmen vom Kopf auf die Füße zu stellen, durch eine fundamentale Änderung des Geschäftsmodells. Nicht mehr die Kapitalanlagen sollten die Erträge liefern, sondern das technische Versicherungsgeschäft, an das dann natürlich qualitativ, und zwar sehr schnell, viel höhere Anforderungen gestellt werden mussten als zuvor. Für ein Unternehmen mit der Tradition und dem Selbstverständnis von Munich Re nicht weniger als eine Revolution.

Dass diese Festlegung nur 4 Jahre später in der Finanzkrise die Gesellschaft vor Milliardenverlusten bewahren würde, konnte man damals nicht ahnen – oder vielleicht, lieber Nikolaus von Bomhard, konnte man das doch?

Die zweite von ihm betriebene fundamentale Neuausrichtung war die Einführung eines institutionalisierten und integrierten Risikomanagements, das sämtliche eingegangenen Risiken des Unternehmens identifiziert, bewertet und in Form eines aussagekräftigen Risikoberichts transparent macht, womit ein aktives und abgewogenes Managen dieser Risiken ermöglicht wurde. Es ging also um den Versuch, Unternehmensentscheidungen noch stärker zu rationalisieren und Verantwortlichkeiten

klar zu allokieren. Im Jahre 2017 hört sich das einfach und wie selbstverständlich an. Mir sei an der Stelle aber der Hinweis auf die vielen Unternehmen erlaubt, die diese scheinbaren Selbstverständlichkeiten unterlassen haben, und infolgedessen während der Finanzkrise 2008 in massive Probleme liefen – anders als eben Munich Re. Hier zeigt sich vielleicht der Beginn eines roten Fadens im Geschäftsverständnis Nikolaus von Bomhards. Sein Credo lautet: es dürfen nur solche Risiken übernommen oder Geschäfte eingegangen werden, die man erstens versteht und die zweitens ins Risikoportefeuille passen und angemessen vergütet werden.

Das schließt keinesfalls das beherzte Ergreifen von Gelegenheiten aus, wie von Bomhard z.B. mit der Akquisition der Hartford Steam Boiler Company aus dem Portefeuille der in Schwierigkeiten geratenen AIG Ende 2008 bewiesen hat.

Entscheidungen also ja, gerne auch schnell, aber niemals ohne das ernsthafte Bestreben, die damit verbundenen Risiken zu verstehen und zu bewerten. Das Schönreden von Unsicherheiten oder das berühmte "Prinzip Hoffnung" sind seine Sache nicht, was er in einem vielbeachteten Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Anfang 2016 in die Forderung gegossen hat, auch der Staat solle die Risiken, denen er ausgesetzt ist, über einen möglichst unabhängigen Chief Risk Officer über alle Ressorts hinweg qualitativ und vor allem auch quantitativ erfassen und vergleichbar einem Sachverständigengutachten vorstellen lassen. Damit würde staatliches Handeln auf eine solidere Grundlage gestellt, die Ressourcen des Souveräns würden besser geschützt und gezielter eingesetzt.

Diese um Risikobewusstsein werbenden Impulse Nikolaus von Bomhards sind aber natürlich nur ein Teil seiner unternehmerischen Leistung, für die wir ihn heute Abend ehren. Unter seiner Führung wurde Munich Re deutlich agiler. Man bewertete nicht mehr nur dem Haus angetragene Risiken und entschied sie auf die Bilanz zu nehmen oder abzulehnen, sondern man wollte auch durch eigene Produktentwicklungen die Grenzen der Versicherbarkeit erweitern. Dadurch wurden nicht nur profitable Wachstumschancen für das Unternehmen erschlossen, sondern volkswirtschaftlich wichtige Aktivitäten durch das Angebot von Deckungsschutz oft überhaupt erst ermöglicht. Beispiele sind hier die Performancedeckungen für erneuerbare Energiegewinnung, etwa bei Solarpanelen und Windkraftanlagen oder die Fündigkeitsversicherung bei teuren Geothermiebohrungen sowie die Versicherung von Projektrisiken bei komplexen Bauvorhaben. Der Gipfel dieses Engagements war die Vorreiterrolle von Munich Re bei der "Mutter aller Energieprojekte", dem Solarstromprojekt "Desertec".

Eine bahnbrechende Idee, deren Umsetzung bisher jedenfalls an der Uneinigkeit in der Europäischen Union über die Zukunft der europäischen Energieversorgung scheiterte, die aber jederzeit neu belebt werden kann und sollte. Schließlich, aber das wäre ein Kapitel für sich, sind unter seiner Anleitung in den vergangenen zwei Jahren die Initiativen des Unternehmens im Zusammenhang von Digitalisierung und Innovation aufgesetzt worden, mit denen nicht nur die eigenen Prozesse einem Paradigmenwechsel unterzogen werden, sondern aus denen heraus sich auch ein profitables Produkt- und Serviceangebot für Erstversicherer ergeben soll.

Bei den wenigen Dingen die ihm nicht so gelungen sind, wie er sich das selbst erhofft hat, darf der schwierige Werdegang der Erstversicherungstochter ERGO nicht unerwähnt bleiben. Dazu zwei Bemerkungen von mir: alle Versicherer mit hohem Anteil Lebensgeschäft haben das strukturelle Problem der Garantiebindung im gegenwärtigen Niedrigzinsumfeld, und gehen unterschiedlich damit um.

Von Bomhard selber hat öffentlich erklärt, das Problem zwar frühzeitig erkannt, aber nicht konsequent genug gelöst zu haben. Von einem Vorstandsvorsitzenden eines komplexen Konzerns, der ein breites Portfeuille von Geschäftsfeldern verantwortet, kann sicherlich nicht die stets gleich gute Performance aller Teile verlangt werden, gerade deshalb verfolgt man ja die Diversifikation. Wohl aber, dass er sich der Verantwortung stellt und dann handelt. Von Bomhard hat dafür gesorgt, dass sich ERGO unter neuem Management und neuer Struktur einer radikalen Reform unterzieht, deren erste Ergebnisse bereits heute vielversprechend sind. Es sieht danach aus, als ob die von ihm gesetzten Impulse zur Reform der ERGO in einen signifikanten Ergebnisbeitrag für den Gesamtkonzern münden werden.

Ich fasse zusammen: der unternehmerische Verdienst Nikolaus von Bomhards für die Aktionäre, die Kunden und die Mitarbeiter von Munich Re lässt sich auf drei Aspekte fokussieren:

Er hat Munich Re stabilisiert und sicher durch die nicht enden wollende Finanzkrise gebracht



- Er hat das Geschäftsmodell wieder auf die Versicherungsrisiken ausgerichtet und weiter entwickelt, exzellentes Risikomanagement wurde zum Gebot der Stunde
- Er hat nachhaltig Wert für die Aktionäre geschaffen, auch über verlässlich hohe Dividenden und erhebliche Aktienrückkäufe

Diese Erfolge bilden die Verdienste von Bomhards für gute Unternehmensführung aber nur unvollständig ab. Nikolaus von Bomhard hat es zusätzlich in bemerkenswerter Weise verstanden, ihm wichtige Themen in den öffentlichen Raum zu tragen, nicht nur als Mahner, sondern auch als konstruktiver Impulsgeber. Ihn hat gestört, dass der Klimawandel, der noch vor wenigen Jahren als die existentielle Bedrohung der Menschheit bezeichnet wurde, im Zuge der Finanzkrise in der öffentlichen Diskussion kaum noch seinen Platz fand.

Diese Beobachtung ist richtig, und verstörend. Erfüllen die Politiker und auch die Medien, die zu Recht von Unternehmen Nachhaltigkeit fordern, selber diesen hohen Anspruch, also das Bewusstsein für das Problem aufrecht zu erhalten und, für die Politik, es jetzt zu lösen? Nikolaus von Bomhard war und ist hier ein Meinungsführer bereits zu Zeiten, als die wirtschaftlichen Folgen des menschengemachten Klimawandels noch gar nicht so klar waren, wie sie es heute sind. Seine Logik, wir erinnern uns an sein Leitmotiv für gutes Risikomanagement, lautet auch hier: wir brauchen ein Preisschild für klimaschädigendes Verhalten, wir brauchen Transparenz über die zu erwartenden Schäden. Aus dieser Monetarisierung wird dann deutlich, dass Abwarten und das "Prinzip Hoffnung" die mit Abstand teuersten Lösungen sind. Die unterschätzte Bedeutung des Klimawandels zeigt sich auch in seiner These, wonach Europa, wenn nicht schnell gehandelt wird, es mehr mit klimabedingten Flüchtlingswellen zu tun haben wird als mit solchen, die durch Krieg und Bürgerkrieg ausgelöst werden.

Dass er bei seinem Engagement auch vor Konflikten nicht zurückschreckt, zeigt sich in seiner Haltung zur Niedrigzinspolitik der EZB. Als hörbarer Kritiker von Mario Draghis Politik des Quantitative Easings und der extremen Niedrigzinsen über lange Jahre, vor allem nach 2013, hat er auf die dadurch ausgelösten verpassten Chancen in der Reformpolitik Südeuropas und die verheerenden Folgen für die Altersvorsorge breiter Teile der Bevölkerung hingewiesen. Von Bomhard hat die anhaltend niedrigen Zinsen nicht verhindern können,

wie sollte er das auch? Aber er hat auf Zusammenhänge hingewiesen und dadurch den Erklärungsdruck für die Entscheider erhöht. Kurz: das Problem zu beschreiben, Handlungsoptionen zu benennen, die jeweiligen Risiken zu erklären und die Lösung zu begründen. Auch hier wieder sein klar erkennbarer "roter Faden" deutlich, der bei den Verantwortlichen in Frankfurt und Berlin und im öffentlichen Raum Wirkung gezeigt hat.

Ein persönliches Wort noch zu seiner Person. Besonders auffallend an ihm ist die Fähigkeit zur Selbstreflektion. Bezeichnend in diesem Kontext seine Antwort auf eine Journalistenfrage, ob er denn nie Zweifel an seiner Strategie bekommen habe. Viele an seiner Stelle hätten sicherlich sinngemäß geantwortet: "Nein, warum, sie ist doch richtig". Denn Selbstzweifel, wenn man sie denn hat, gelten als Schwäche, und Schwäche zeigt man nicht.

Die Antwort Nikolaus von Bomhards war eine andere, ich zitiere:

"Mir gefällt ein Gedanke des Dichters Erich Fried. Er rät, Angst vor dem zu haben, der keine Zweifel kennt".

Aus solchen Worten spricht eine Lebensweisheit, es zeigt sich eine selten anzutreffende Souveränität. Es sind auffallende Worte, die in auffallender Weise Vertrauen in die Person erzeugen, die sie spricht.

Von Bomhard ist von seinem Naturell her ein Mann der leisen Töne. Understatement ist ein erkennbares Lebensprinzip. Seine Durchsetzungskraft liegt nicht in der Wucht des Auftritts, sondern in der Klugheit und einem feinen Gespür für das, was geht.

Das erklärt sich vielleicht aus der Familientradition. Viele seiner Vorfahren waren bis zum 1.Weltkrieg hohe Beamte oder Offiziere in Bayern. Ein journalistischer Beobachter hat einmal die Feststellung gemacht, dass der Geist der von Maximilian von Mongelas begründeten, der Aufklärung und dem Rationalismus verpflichteten bayrischen Beamtenschaft auch dem Juristen von Bomhard zu eigen ist: stets freundlich im Ton, aber klar in der Sache. Die persönlichen Ambitionen im Unternehmen haben sich bei von Bomhard der Sache unterzuordnen, wo das nicht der Fall ist, spürt der Betreffende es deutlich. Fachlichen Widerspruch dagegen duldet er nicht nur, er fordert ihn ein. Das spüren Kollegen und Mitarbeiter, sie fühlen sich gehört, respektiert und ernst genommen. Für das Unternehmen der beste Weg.

Auf seiner letzten Hauptversammlung im Amt als Vorstandsvorsitzender von Munich Re im April dieses Jahres haben ihm die Aktionäre stehend mehrere Minuten lang applaudiert. Sie haben gespürt, dass hier ein außergewöhnlicher Mann von der Brücke geht.

Dieses Gefühl habe ich, wenn ich hier zu Ihnen spreche, auch. Und ich verbinde es mit der Hoffnung, dass wir in Zukunft noch viel von Nikolaus von Bomhard sehen und hören werden. Das wäre nicht nur im Interesse des Unternehmens Munich Re, sondern des Wirtschaftsstandorts Deutschland und darüber hinaus unserer Bürgergesellschaft insgesamt. Vielen Dank!







Entgegennahme des Preises für gute Unternehmensführung – Dank und Erwiderung

Dr. Nikolaus von Bomhard am 10. November in München

Sehr verehrter, lieber Herr Hocker,

Ihnen und der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz danke ich sehr herzlich für die Ausrichtung dieses festlichen Abends und den Grund unseres gemeinsamen Abendessens: die Verleihung des Preises für gute Unternehmensführung. Als Sie mich vor einiger Zeit fragten, ob ich diesen Preis anzunehmen bereit wäre, fiel mir die Antwort nicht schwer, da ich bereits an der Preisverleihung für Michael Diekmann teilgenommen hatte und einige der früheren Empfänger dieses Preises ebenfalls sehr schätze. In dieser Reihe fühle ich mich wohl und die DSW ist eine sehr angesehene Einrichtung der deutschen Unternehmenslandschaft.

Lieber Jochen, Dir danke ich sehr herzlich für eine au-Berordentlich wohlwollende Betrachtung meiner Zeit an der Spitze der Munich Re. Ich selbst weiß nur zu gut, dass man meine Aktivitäten durchaus auch kritischer beurteilen kann. Auch möchte ich einmal mehr ausdrücklich betonen, dass ich kein Freund der Personalisierung von Erfolgen bin, die sogenannten "Helden" an der Spitze eines Unternehmens, deren Name dann oft zum Synonym für das gesamte Unternehmen wird, sind selten ein dauerhafter Segen für Aktionäre und Mitarbeiter. In meiner Zeit war ich stets von sehr engagierten, fähigen und mir gegenüber auch durchaus kritischen Mitarbeitern und Kolleginnen und Kollegen umgeben, was wir erreicht haben, haben wir gemeinsam erreicht. Dementsprechend, lieber Jochen, habe ich Dir natürlich gern zugehört, stehe aber hier am Rednerpult nur stellvertretend für Mitarbeiter und Kollegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an einem Abend wie heute sollte man gewiss etwas Grundsätzliches zur Unternehmensführung sagen, möglichst knapp, versteht sich.

Im Grunde ist es ja ganz einfach im Geschäft: Aktionäre vertrauen den Unternehmen ihr Geld an, weil sie davon ausgehen, dass man mit den Mitarbeitern die Kunden und deren Bedarf so erfolgreich befriedigt, dass eine ordentliche Verzinsung des eingesetzten Kapitals bei kontrollierter Risikonahme, das wird übrigens oft ver-



gessen, möglich ist. Leitet man Unternehmen, so wird man sich immer wieder fragen, wie das Potenzial der Mitarbeiter für bestimmte Geschäfte mit verschiedenen Kunden am besten eingesetzt werden kann, wobei sich dieser Prozess natürlich nicht in einem statischen Umfeld vollzieht, Kunden und Mitarbeiter verändern sich ständig. Das Geschäftsmodell, das sich aus diesen Überlegungen ergibt, muss den Aktionären nahe gebracht werden, das Profil der Aktionäre muss also zum Geschäftsmodell passen.

Übertragen auf Munich Re war mir zu meinem Amtsantritt klar, dass das Selbstverständnis und das Wissen der Mitarbeiter, wie auch der Ruf des Unternehmens, für ein Geschäftsmodell prädestiniert waren, das auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist und die Versicherungsrisiken in den Fokus nimmt. Wesentliche Teile des Aktionariats hatten selbst in den wilden Börsenjahren um die Jahrtausendwende diesen Geschäftsansatz immer noch als Motiv ihrer Geldanlage im Hinterkopf, wie ich bei unzähligen Investorengesprächen feststellte.

Daraus ergab sich aber nicht nur die grundsätzliche strategische Ausrichtung, sondern auch die Grundzüge für das unternehmerische Handeln, kurz zusammengefasst: versprich nicht zu viel, liefere umfassend und präsentiere moderat. Natürlich möchte man als Unternehmensleiter nicht als zaghaft oder gar als allzu vorsichtig erscheinen; natürlich macht es mehr Eindruck und

vielleicht auch Freude, als der große Visionär mit ganz außerordentlichen Wachstumszielen aufzutreten. Auch die Mitarbeiter finden das meist großartig. Nur, dies hängt sehr stark vom Geschäftsmodell und der konkret verfolgten Strategie ab. Es ist eben ein Unterschied, ob ich als Unternehmen mit Verbrauchern als Kunden ständig Neuerungen auf den Markt bringen will, oder, wie etwa in der Rückversicherung, mit versierten Geschäftskunden, einige davon größer als man selbst, Verträge schließe, deren Laufzeit gut und gern auch über 50 Jahren liegen kann, wenn man alle Verpflichtungen, die man eingegangen ist, honoriert.

Wer viel verspricht, erzeugt naturgemäß viel Bewegung und Druck. Beides ist selbstverständlich nötig und erzeugt das Momentum, ohne das kein Unternehmen arbeiten kann. Andererseits muss einem stets klar sein, dass großer Druck das Koordinatensystem der Werte leicht verschieben kann, insbesondere dann, wenn das Erreichen der hochgesteckten Ziele mit außergewöhnlichen Gratifikationen verbunden wird. Als Unternehmensführer muss man sich zwingend dafür interessieren, was die ausgegebenen Ziele im Unternehmen und darüber hinaus auslösen können. Hierzu gehören Fragen wie:

- Mit welchen Geschäften soll denn konkret diese ungewöhnlich hohe Rendite erreicht werden?
- Unter welchen Bedingungen kann diese so ambitionierte Zielvorgabe überhaupt erreicht werden?
- Welche Konsequenz haben Vision und Ziele für den Umgang der Mitarbeiter untereinander und mit dem Kunden?

Man muss zudem im Rückblick immer auch fragen: wie sind die Ergebnisse konkret zustande gekommen? Bei besonders guten oder schlechten Ergebnissen ist diese Frage unerhört wichtig. Meine Erfahrung insofern aber ist: bei sehr guten Ergebnissen wird viel zu wenig gefragt, wie diese bei doch meist hochkompetenter Konkurrenz in einen stark besetzten Markt überhaupt möglich waren.

Die Kunst ist es also, die rechte Mitte zu finden zwischen Zielvorgaben, die das Unternehmen in Bewegung setzen und halten, und Vorgaben, die das Prinzip der nachhaltigen Unternehmensführung auf Sicht gefährden und damit das Unternehmen insgesamt ruinieren können.

Hat man etwas versprochen und als Ziel ausgegeben, und das ist zweifellos zwingend zur Ausrichtung des Unternehmens, liegt es an der Realisierung, an der Lieferung auf das Versprochene. Wenn die Ziele angemessen ambitioniert gesetzt wurden, muss man keine Sorge haben, dass das mittlere oder höhere Management "um jeden Preis" liefern wird. Ich persönlich hatte es mir übrigens zur Regel gemacht, der breiten Öffentlichkeit möglichst nur Ziele bekanntzugeben, bei denen ein Drittel der Zielerreichung jedenfalls weitgehend absehbar ist, womit auch ein Mindestmaß an Verlässlichkeit aus der Sicht von Aktionären und Mitarbeitern gesichert war.

Schließlich geht es darum, das Erreichte und gerade auch die Erfolge moderat zu präsentieren, wozu auch die Ehrlichkeit gehört, Misslungenes offen und klar anzusprechen, was den Kollegen in den Kommunikationsabteilungen oftmals den Schweiß auf die Stirn treibt. Lass die Beobachter beurteilen und feststellen, ob die Geschäfte erfolgreich laufen, Selbstlob ist verdächtig. Bezeichnend ist hier beispielsweise der übertriebene Einsatz von schönfärbenden Adjektiven in Pressenotizen. Die Glaubwürdigkeit des Unternehmens und der Unternehmensleitung gegenüber Kunden, Mitarbeitern, den Aktionären und der Öffentlichkeit ist ein außerordentlich hohes Gut. Ich bin fest davon überzeugt, dass Ehrlichkeit nach innen und außen, denn es gibt nur eine Unternehmenswirklichkeit, insoweit entscheidend ist.

Die Unternehmensführung ist zweifellos für die Unternehmenskultur verantwortlich und der Umgang mit Zielen und deren Erreichen ist ein ganz wesentlicher Baustein für den Umgang der Mitarbeiter untereinander und mit dem Unternehmen, also den Kunden und dem von den Aktionären zur Verfügung gestellten Kapital.

Hoch verdichtet ist Unternehmensführung eigentlich gar nicht schwer. Wichtig ist ein überlegtes und, je nach Geschäftsgegenstand, auf längere Sicht angelegtes Geschäftsmodell, das mit den Mitarbeitern und ihrem Entwicklungspotenzial erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Aktionäre müssen diese strategische Ausrichtung, das Geschäftsmodell, verstehen und sich darauf verlassen können. Dementsprechend werden sie dann auch mit einzelnen Erfolgen oder Misserfolgen angemessen umgehen. So hat Munich Re in den letzten 15 Jahren kaum mehr Hedge Fonds im Aktionariat, da mit der Ausrichtung auf das Versicherungsgeschäft die bei diesen Investoren geschätzte Volatilität nicht hinreichend gegeben ist. Die heftigen Ergebnisausschläge, die große Naturkatastrophenereignisse für einzelne Quartale bedeuten können, sind bekanntermaßen Teil des Geschäftsmodells "Rückversicherer", und führen, wie man gerade auch jetzt wieder sehen konnte, zu keinen außergewöhnlichen Ausschlägen des Kursverlaufs.



Dieser nachhaltige Ansatz der Unternehmensführung, ein Stück weit ein "underpromise, overdeliver", ist in einer Zeit, in der die Medien und auch manche Investoren gern auf Polarisierung und Effekt und damit auf charismatische Führung ausgerichtet sind, für einige Beobachter und Amtsinhaber vielleicht nicht sehr anziehend, schon gar nicht aufregend. Aber, es hilft nichts, die Versicherungsbranche und ganz besonders die Rückversicherung eignen sich nur bedingt für grelles Licht und visionär charismatische Unternehmensführung. Ich gebe zu, dass sich dieses, mein Bild im Zug der Digitalisierung verändern wird, ja verändern muss, ich bezweifle aber, dass meine Einschätzung komplett widerlegt werden wird.

Aus alldem können Sie nun schließen, dass ich als Versicherer, vor allem Rückversicherer, den Preis für nachhaltige Unternehmensführung eigentlich gar nicht wirklich verdient habe, denn ich habe, gemeinsam mit den Kollegen, ja nur das dem Geschäft zugrunde liegende Rational ernst genommen: wir geben Versprechen in die Zukunft, teilweise weit in die Zukunft, und das bedingt eine entsprechende Unternehmensführung, wie gerade vorgetragen.

Natürlich kann man das Versicherungsgeschäft auch anders betreiben, insbesondere die Erträge der Kapitalanlage in den Vordergrund stellen. Das kann für die Aktionäre, Mitarbeiter und Kunden eine interessante Alternative sein. Es gibt ja auch durchaus erfolgreiche Marktteilnehmer, die sich diese Strategie zueigen gemacht haben. Wichtig ist eben nur, dass vor allem die Aktionäre diese Strategie mit all ihren Konsequenzen verinnerlicht haben und insbesondere die damit gegebene deutlich höhere Abhängigkeit vom Kapitalmarkt hinzunehmen bereit sind. Schwierig ist es jedenfalls, zwischen diesen beiden, ich nenne sie einmal "denkbare Extremformen des Betreibens des Versicherungsgeschäfts", häufig hin und her zu wechseln. Das ist allen Beteiligten, gerade auch den Mitarbeitern, nur schwer zu vermitteln und führt mittelfristig meist ins Verderben.

In einer Zeit der Umwälzung, denken Sie nur an Globalisierung und Digitalisierung, sowie großer Unsicherheit und allgegenwärtiger Komplexität ein weltweit agierendes Unternehmen erfolgreich zu führen, ist wahrlich nicht leicht. Allein geht es schon gar nicht, man braucht ein divers talentiertes und kritikbereites Team um sich und außergewöhnliche Mitarbeiter. Das hatte ich und jede Unterstützung, die ich von meiner Familie viel zu oft und viel zu umfassend abgerufen habe. So danke ich heute Abend vielen Kolleginnen und Kollegen herzlich sowie meiner Frau und meinen Töchtern. Der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz danke ich für den mir verliehenen Preis und Ihnen Allen fürs geduldige Zuhören.

Impressionen von der Festveranstaltung zur DSW-Preisverleihung 2017

































Impressionen von der Festveranstaltung zur DSW-Preisverleihung 2017



















Die DSW in der Presse

Auch in 2017 war die klare, nachvollziehbare, vor allen Dingen unabhängige Meinung der Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz wieder stark gefragt und fand auch in der Presse-/Medien-Landschaft entsprechenden Niederschlag. Gibt es Neuigkeiten aus den Unternehmen oder auch dem politischen Berlin oder Brüssel, wird die DSW regelmäßig von der Presse um eine Einschätzung gebeten. Aber nicht nur in den Printmedien ist die DSW aufgrund ihrer starken Unabhängigkeit und ihrer Expertise gefragt. Auch im Fernsehen und im Radio sind die Experten der DSW regelmäßig zu sehen bzw. zu hören.

Wir reagieren aber nicht nur, sondern setzen auch selbst die Themen. So z. B. durch unsere verschiedenen Pressekonferenzen oder auch unsere vielen Pressemitteilungen sowie in zahlreichen Hintergrundgesprächen und Interviews. Insgesamt war im Jahre 2017 unsere Pressearbeit noch intensiver und breiter ausgestaltet als in den Vorjahren. Dies ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass es im Geschäftsjahr 2017 wieder sehr viele Probleme und Herausforderungen bei den börsennotierten Gesellschaften gab. Aber auch bei volkswirtschaftlichen Aspekten, wie der Niedrigzinsphase, der Staatsschuldenkrise oder aber auch z.B. beim Thema Brexit oder der US-Steuerreform, ist die Meinung der DSW gefragt.

Auf dem nachfolgenden Zeitstrahl haben wir Ihnen eine kleine Auswahl aus der Presseberichterstattung zusammengestellt:

Januar 2017

20.01. Frankfurter Allgemeine:

Linde betreibt die Fusion an seinen Aktionären vorbei

21.01. Stuttgarter Nachrichten:

Aktionärsschützer kritisieren VW scharf

21.01. Kölner Stadt-Anzeiger:

Anleger fordern von VW weitere Aufklärung

08.03. Frankfurter Allgemeine: DSW will Mitsprache bei Linde

22.03. *Czerwensky:* DSW-Kapitalvernichter: Vier DAX-Konzerne in Liste der größten Geldverbrenner

23.03. *Börsen-Zeitung:* DSW pocht auf Sonderprüfung bei VW

08.05. *Rheinische Post:* Aktionärsschützer fordern Transparenz

09.05. *Bild:*

Aktienschützer werfen VW Verschleierung vor

19.05. Stuttgarter Nachrichten:

Aktionärskritik bei Audi wegen Dieselskandals

19.07. Rheinische Post:

Anlegerschützer rüffeln DAX-Konzerne

25.07. Börsen-Zeitung: DSW prüft Klagen

27.07. *Stuttgarter Nachrichten:* DSW empfiehlt zu klagen

05.09. *Czerwensky:* Abgeltungssteuer: Leider keine Fürsprecher mehr – DSW macht Vorschläge

13.09. Focus-Money: Das ist das DSW-Modell

27.09. *Focus-Money:*

DSW stellt Mitglied in neuem EU-Expertengremium

09.11. *Nürnberger Nachrichten:* Schwere Pleite für VW vor Gericht

22.11. *Focus-Money:*

Ex-Chef der Munich RE wird von DSW geehrt

08.02. *Bild:*

Gehalts-Deckel für alle Top-Manager?

24.02. Allgemeiner Anzeiger:

Aktionärsschützer: Höchstens zehn Millionen Euro

27.02. Kölnische Rundschau:

Kritik der Aktionäre wird lauter

27.02. *Bremer Nachrichten:* Aktionärsvertreter wollen nachbohren

06.04. Börsen-Kurier:

Die 50 größten Kapitalvernichter

21.04. *Trierischer Volksfreund:*

So kommen Anleger an Wertpapiere

10.06. *Börsen-Zeitung:* DSW kritisiert Kontron

23.06. Wilhelmshavener Zeitung: Investieren statt sparen?

09.08. Freie Presse:

Die Aktionäre gehen leer aus

30.08. *Focus-Money:* Die Linde-Praxair-Fusion – ein Dialog über die Entstehung eines Global Players

11.10. *Focus-Money:*

DSW-Aufsichtsratsstudie – Frauen bleiben Mangelware

13.10. Handelsblatt:

Uniper-Deal im Visier der Aktionärsschützer

25.10. Frankfurter Allgemeine:

DSW klagt gegen Fusion von Linde und Praxair

01.12. Salzburger Nachrichten:

Gericht weist VW-Antrag gegen Prüfung ab

22.12. Braunschweiger Zeitung:

Deutsche Bank – Klagefrist läuft ab

Dezember 2017

Abweichendes Stimmverhalten 2017

Gesamte Tagesordnung (Abweichung bei vier oder mehr Tagesordnungspunkten)

ABO Invest, Airbus Group, Audi, Capital Stage, Constantin Medien, Greiffenberger, Halloren Schokoladenfabrik, Hawesko Holding, Hesse Newman Capital, IFA Hotel & Touristik, Intertainment, KSB, Manz, msg life

Gewinnverwendung

Beiersdorf, Data Modul, LS telcom, Norddeutsche Steingut, Patrizia Immobilien, Renk, Sachsenmilch, Sparta, Vossloh, Zapf Creation

Entlastung des Vorstands (einzelne oder mehrere Mitglieder)

Adler Modemärkte, Albis Leasing, Bijou Brigitte modische Accessoires, Celesio, Continental, Delticom, Deutsche Börse, Deutsche Effecten- und Wechsel-Beteiligungsgesellschaft, Leoni, Linde, Marenave Schiffahrts, Maternus-Kliniken, Nymphenburg Immobilien, R. Stahl, realTech, Sachsenmilch, Softship, STADA Arzneimittel, TAG Colonia-Immobilien, Tom Tailor Holding

Entlastung des Aufsichtsrats (einzelne oder mehrere Mitglieder)

Adler Modemärkte, Bijou Brigitte modische Accessoires, Celesio, Delticom, Deutsche Börse, Deutsche Effecten- und Wechsel-Beteiligungsgesellschaft, GBK Beteiligungen, KUKA, Leoni, Linde, Marenave Schiffahrts, Nymphenburg Immobilien, Pfeiffer Vacuum Technology, R. Stahl, realTech, Sachsenmilch, Schumag, Softship, STADA Arzneimittel, TAG Colonia-Immobilien

Wahl zum Aufsichtsrat (einzelne oder mehrere Mitglieder)

AURELIUS Equity Opportunities, Bijou Brigitte modische Accessoires, Celesio, CPU Softwarehouse, CropEnergies, CTS Eventim, Deutsche Effecten- und Wechsel-Beteiligungsgesellschaft, Deutsche Wohnen, EnviTec Biogas, Evotec, GBK Beteiligungen, Gigaset, KUKA, Patrizia Immobilien, R. Stahl, RCM Beteiligungs, realTech, Renk, Schuler, Schumag, Softship, Südzucker, TAG Colonia-Immobilien, WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-, windeln.de

Wahl des Abschlussprüfers

Bertrandt, Drillisch, Eifelhöhen-Klinik, Ernst Russ, LPKF Laser & Electronics, Marenave Schiffahrts, Pfeiffer Vacuum Technology, Software, Syzygy, UMS United Medical Systems International

Ordentliche Kapitalerhöhung

Genehmigtes Kapital

Basler, Carl Zeiss Meditec, CPU Softwarehouse, Delticom, Edel, HanseYachts, Lloyd Fonds, Metro, Rocket Internet, SinnerSchrader, Sygnis, UMT United Mobility Technology, Zapf Creation

Bedingtes Kapital

Rocket Internet, Symrise

Billigung des Systems zur Vorstandsvergütung

alstria office REIT, Beiersdorf, Continental, Evotec, Metro, ProSiebenSat.1 Media

Aufsichtsratsvergütung

alstria office REIT, CTS Eventim, Deutsche Wohnen, Gigaset, KWS Saat, Mologen

Satzungsänderung/Satzungsbereinigung

CTS Eventim (Erweiterung des Aufsichtsrats), KUKA (Leitung der Hauptversammlung), Salzgitter (Ort der Hauptversammlung)



Erwerb und/oder Verwendung eigener Aktien

alstria office REIT

Opting-out Vorstandsvergütung

11880 Solutions, Fortec Elektronik, HSBC Trinkaus & Burkhardt, Nexus

Aktienoptionsprogramm

Sygnis, Tom Tailor Holding

Squeeze-out

GfK

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

SinnerSchrader

Sonstige

Easy Software (Vertagung der Entlastung eines Mitglieds des Vorstands, Vertagung der Entlastung eines Mitglieds des Aufsichtsrats), mic (Verweigerung der Entlastung eines Mitglieds des Vorstands), Mologen (Verweigerung der Entlastung zweier Mitglieder des Vorstands), Oldenburgische Landesbank (Anhebung der Obergrenze für die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder), Patrizia Immobilien (Erhöhung des Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln), Rocket Internet (Einsatz von Eigenkapitalderivaten beim Erwerb eigener Aktien), Schaltbau Holding (Vertagung der Entlastung eines Mitglieds des Vorstands)

Widerspruch zu Protokoll

Audi (alle TOPs),

Constantin Medien (alle TOPs),

Halloren Schokoladenfabrik (TOPs 2-10),

Intertainment (alle TOPs),

Kontron (TOP 7),

KSB (alle TOPs),

msg life (alle TOPs),

Schaltbau Holding (alle TOPs)

Abfindungsverfahren/Spruchverfahren

Beteiligung der DSW, Stand: 31.12.2017

2000

Die genannten Gesellschaften geben jeweils das abhängige, übernommene Unternehmen an; die Jahreszahl bezeichnet den Zeitpunkt der Antragstellung.

1996 2008

Deutsche SB-Kauf; Haake-Beck Hypovereinsbank (Squeeze Out); Vattenfall Europe; VIB

Vermögen 1997

Aachener und Münchener Versicherung; 2009
Volksfürsorge Holding

Volksfürsorge Holding Hypo Real Estate; Kölnische Rückversicherung;

Thyssen Industrie; ThyssenKrupp; Schumag; Friatec Syskoplan; Christ Water Technologies; ERGO; Actris; IDS

Scheer/Software; Dom-Brauerei

Heilit & Wörner; Brüggener

2011

Triumph Adler; Interseroh; Moksel; **2001**

Mannesmann 2012 Südchemie 2002

VTG Lehnkering; Kempinski; Vodafone; CAA; Bay. Immobilien; Monachia; Michael Weinig SCA Hygiene Products SE; TAG Immobilien AG; MAN SE

2003 2014

Sappi Ehingen; Citicorp Deutschland; Invensys Metering
Systems
Otto AG für Beteiligungen (C.J. Vogel AG für Beteiligungen); Röder Zeltverleih

20042015WEDECO; DSL Holding; MVS (Delisting)Sky; DAB

2005
Allweiler; Gerresheimer Glas; Harpen; Tempelhofer Feld
Harry Witt (KENA Verwaltungs AG, Kiel); NTT; Scicotec;
Postbank

ABIT/GFKL; AVA; Adagio Grundstücksverwaltungsgesellschaft

2017
Chorus Clean Energy AG; IKB



70 Jahre DSW - Eine starke Vereinigung

Interview zum runden Geburtstag der DSW

Zum runden Geburtstag der DSW im Interview mit Focus-Money: Präsident Ulrich Hocker und Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler über die Anfänge der Anlegerschützer vor 70 Jahren, die größten Erfolge und die Aktienkultur in Deutschland.

MONEY: Herr Hocker, Herr Tüngler, die DSW wird 70 Jahre alt. Und zum Geburtstag gibt es einen der größten Erfolge als Geschenk. Geht es noch besser?

Tüngler: Das ist eine Sternstunde für den Anlegerschutz in Deutschland. Wir werden aufgrund der von uns beantragten Sonderprüfung mehr wissen: Warum ist es bei Volkswagen überhaupt zum Abgasskandal gekommen? Wer wusste wann was? Und hätte es früher eine Adhoc-Meldung geben müssen? Das ist für die geschädigten Anleger die Kernfrage. Es gibt so etwas wie eine ungeschriebene Regel: Volkswagen vergleicht sich nicht. Dass wir jetzt diesen glatten Durchmarsch geschafft haben, ist natürlich Wahnsinn. Jetzt müssen wir den Hebel nutzen, dass die Leute sagen: Die DSW ist eine starke Gemeinschaft, die muss ich unterstützen.

MONEY: Vor 70 Jahren, im Jahr 1947, sah das noch ganz anders aus.

Hocker: Man muss sich vor Augen halten, wie es hier vor 70 Jahren aussah. Das war direkt nach dem Krieg, Deutschland ging es schlecht. Es gibt einen Brief aus den Gründertagen der DSW, in dem es hieß: Wir sind nicht sicher, ob wir unsere Mitgliederzeitung langfristig herausbringen können – wir bekommen kein Papier.

Tüngler: Heute blicken wir auf 70 Jahre DSW zurück – nach den Anfangsproblemen, als es tatsächlich um Papier ging, kaum zu glauben.

MONEY: Was ist vom Ursprung der DSW heute noch lebendig?

Tüngler: Der Urgedanke der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, das Privateigentum zu schützen, treibt uns bis heute in unserem Handeln. Damals gab es die konkrete Gefahr einer Verstaatlichung. Der Schutz des privaten Eigentums – sowohl materiell als auch ideell –, den sich die Gründer auf die Fahnen geschrieben haben, ist immer noch der Kern unseres Handelns.

Hocker: Es hat sich in der Satzung vieles geändert – kein Wunder, wenn so viele Rechtsanwälte am Werk sind.

Aber diese Ausrichtung auf den Schutz des Privateigentums, dieser Zweck hat sich über 70 Jahre nicht geändert. Der ist immer gleich geblieben und wurde nie angetastet.

MONEY: Bei der Gründung der DSW ging es um Restitutionsansprüche, die in den ehemaligen Ostgebieten geltend gemacht werden sollten.

Hocker: Das stimmt. Es ging zunächst um die Ansprüche an den ostdeutschen Buna-Werken. Diese Frage beschäftigte uns dann auch noch einmal im Rahmen der Wiedervereinigung – leider nicht mit Erfolg, da die Treuhand keine Ansprüche anerkannte. Heute spielt das Thema aber keine Rolle mehr.

MONEY: Wie ging es dann weiter?

Tüngler: Über die Jahrzehnte hatte wir immer wieder große und wichtige Leuchtturmverfahren. In den späten 60er- und frühen 70er-Jahren war das der Anlagebetrug von Bernie Cornfeld und seinem Unternehmen IOS, bei dem Anleger um viele Millionen geprellt wurden. Damals wurde das Thema Anlegerschutz wieder virulent, weil die Bürger wieder Geld zum Anlegen hatten. Die DSW schaffte es, Hunderte Millionen Mark zu retten. Das war der erste große Massenfall in der bundesdeutschen Anlagegeschichte.

Hocker: Einer der ersten großen Erfolge der DSW war der Fall Beton- und Monierbau, die 1979 Konkurs anmelden mussten. Wir erstritten für die Aktionäre eine Entschädigung durch die WestLB. Das war der erste Fall von Prospekthaftung – heute nichts Besonderes. Dann erreichten wir die Einschränkung der Montanmitbestimmung bei Mannesmann – ein Meilenstein. Ein ganz wichtiges Verfahren war für die DSW Argentinien.

MONEY: Da ging es um Anleihen – und nicht um Aktien. Wie kam das?

Hocker: Das war ein einzigartiges Verfahren im internationalen Bereich. Die Argentinien-Anleihen waren vor allem in Deutschland und Italien verkauft worden. Wir

standen im Kontakt zur argentinischen Regierung. Der zuständige Staatssekretär hat sich in Düsseldorf den Fragen gestellt. Und er hat die Anleger als Spekulanten verteufelt – da war die Stimmung richtig gut.

Tüngler: Wir haben ein gutes Ergebnis herausgeholt. Und ein Ergebnis, das für die Privatanleger besser war als für die institutionellen Investoren. Da sieht man, dass es Sinn macht, eine starke Gemeinschaft zu haben, die kämpft.

MONEY: Und eben nicht nur für Aktionäre ...

Tüngler: ... wir haben bereits vor Jahren unseren Claim geändert, in "Die Anlegerschützer". Das war nach dem Ende des Neuen Markts, als die Zertifikateindustrie richtig groß wurde. Da haben wir gemerkt, dass wir nicht von einem Produkt her kommen sollten, sondern den Schutz der Anleger in den Vordergrund stellen.

MONEY: Mit welchen Waffen kämpft die DSW für die Rechte der Anleger?

Hocker: Die DSW hat sich immer stark um juristische Sachverhalte gekümmert. Auf unsere Initiative hin wurde beispielsweise das Spruchstellenverfahren eingeführt, mit dem etwa die Höhe eines Abfindungsangebots überprüft werden kann. Das ist aus unserer Sicht ein praktikables Verfahren. Die Unternehmen können weiterarbeiten, die Unternehmensbewertung zum Tag X wird von einer amtlichen Stelle festgestellt. Anleger bekommen oft einen Zuschlag – müssen aber häufig sehr lange warten.

Tüngler: Das ist ein schönes Beispiel für den Geist der DSW. Uns geht es um unternehmerisches Denken. Wir können uns natürlich Scheuklappen aufsetzen und nur schauen: Was wollen die Aktionäre? Aber die Aktionäre wollen ja vor allem das, was auch für die Unternehmen gut ist. In den allermeisten Fällen ist das nicht zu trennen. Wenn die Interessen von Unternehmen und Aktionären auseinanderlaufen, dann läuft etwas schief. Und dafür gibt es das Spruchstellenverfahren. Uns geht es um Ausgleich. Deswegen würden wir auch eine Verkürzung der Verfahren stark befürworten.

MONEY: Warum ist das so schwer?

Tüngler: Oft sind es einzelne Verfahrensbeteiligte, die nichts anderes im Sinn haben, als das Verfahren in die Länge zu ziehen. Ich habe das bei Harpen erlebt. Nach elf Jahren kam ein Vergleichsangebot von RWE, ein richtig gutes. Von 100 Antragsstellern hat nur einer "nein" gesagt. Dann mussten alle Aktionäre noch einmal sieben

Jahre warten – und haben nur ein Drittel des ursprünglichen Vergleichsangebots bekommen. So etwas wollen wir verhindern. Ein Vergleich soll mit 80 oder 90 Prozent der Stimmen angenommen werden können. So arbeiten wir: Wir suchen immer nach einer Lösung, die verantwortungsvoll ist.

MONEY: Ganz wichtig ist für Sie ein enger Draht zur Politik. Wie kann man sich Ihre Arbeit in Berlin vorstellen?

Hocker: Wir sind in den Anhörungen vertreten und arbeiten an Gesetzesvorlagen mit.

MONEY: Würden Sie sich als "klassische" Lobbyisten sehen?

Tüngler: Ist es falsch, ein Lobbyist zu sein? Wir haben da noch nie ein Problem gesehen. Es ist ja schon fast verquer, wenn in einer Anhörung im Deutschen Bundestag 30 Industrievertreter sitzen und nur ein Anlegerschützer. Dort treten wir mit Stolz und breiter Brust auf – zumal konkurrierende Aktionärsschützer in Berlin oder Brüssel nicht mehr oft in Erscheinung treten. Unsere politische Relevanz in den Gremien – sei es in der Corporate-Governance-Kommission oder in der Sachverständigenkommission – ist unbestritten.

MONEY: Woher bezieht die DSW eigentlich ihren Einfluss?

Hocker: Wir haben McKinsey untersuchen lassen, ob unsere Rolle als Sprachrohr der privaten Aktionäre immer noch die richtige ist. Oder ob wir uns besser um die institutionellen Großanleger kümmern sollten. Heraus kam: Wir sollten bei den privaten Aktionären bleiben. Wichtig ist, dass wir vom Markt als DIE Aktionärsschützer wahrgenommen werden.

Tüngler: Und wir müssen alles dafür tun, dass wir das Haus weiterhin bestellen. Diese Reputation und Relevanz kann man natürlich schnell verspielen – wenn man nicht am Ball bleibt. Das ist kein Selbstläufer, sondern ständige Arbeit. Ab und zu müssen wir aktiv werden – siehe Volkswagen. Unsere Relevanz kommt genau daher, dass wir nicht nur bellen, sondern eben auch beißen. Aber nur da, wo es wirklich darauf ankommt. Wir wollen nicht über jedes Stöckchen springen, das uns hingehalten wird.

Hocker: Was wir durchfechten, gilt hinterher für alle, nicht nur für unsere Mitglieder. Selbst alte Freunde von mir sagen: Warum soll ich Mitglied werden, ihr macht das doch auch so, und ich profitiere.



Tüngler: Heute steht in jeder Zeitung, dass wir die Sonderprüfung bei VW durchgedrückt haben. Das ist natürlich einerseits toll für uns. Aber so etwas sollte uns auch neue Mitglieder bringen.

MONEY: Vertreter von Fondsgesellschaften sprechen immer öfter auf Hauptversammlungen. Ist das eine Konkurrenz für die DSW?

Tüngler: Es ist doch interessant, dass auch die DWS, die Union oder die Deka auf Hauptversammlungen auftreten – und unseren Job machen. Da ist natürlich eine Menge Marketing dabei. Die Fondsgesellschaften entdecken auf einmal, was wir schon seit 70 Jahren machen. Das ist gut für uns – es steigert die Relevanz der Debatte.

MONEY: Gibt es da nicht die Möglichkeit zur Zusammenarbeit?

Hocker: Die gibt es. Vor allem im konkreten Einzelfall. Der Markenkern der DSW ist, auf den Hauptversammlungen das Management mit intelligenten Fragen zu löchern. Die Hauptversammlung leidet unter einem eher "feuilletonistischen Charakter", um es freundlich auszudrücken. Die eine Gruppe fragt nach Kaffee und Würstchen. Dann gibt es eine Kaste von Aktionärsvertretern und Anwälten, die nur auf formale Fehler lauern. Das wiederum führt zu einer Aufrüstung auf Seiten der Unternehmen mit Anwälten, die alles dafür tun, dass Fehler vermieden werden. Das führt zu einer Atmosphäre, die nur noch auf Abwehr ausgerichtet ist.

MONEY: Ist die Hauptversammlung in ihrer heutigen Form noch zeitgemäß?

Tüngler: Auf jeden Fall. Die Regulatoren in Berlin und Brüssel wollen sogar, dass die Aktionäre mehr Verantwortung übernehmen. So soll die HV über die Vergütung des Managements abstimmen. Die Vergütung soll langfristig sein, sodass die Interessen des Vorstands und der Aktionäre übereinstimmen. Der Aktionär wird also immer weiter ins Zentrum geschoben und bekommt mehr Macht auf der Hauptversammlung. Jetzt die Hauptversammlung abzuschaffen wäre genau das Gegenteil dessen, was eigentlich gewollt ist.

MONEY: Trotzdem gibt es Kritik – vor allem, weil viele Hauptversammlungen sich ewig ziehen.

Hocker: Der HV-Leiter hat heute so viele Möglichkeiten, die Selbstdarsteller zu stoppen – die Leiter haben den Gesetzgeber hinter sich und den Kodex, der eine Regelzeit von vier bis sechs Stunden für eine HV vorsieht. Aber die Unternehmen machen zu wenig daraus.

MONEY: Wie treten die Sprecher der DSW auf?

Hocker: Sie müssen auf einer HV so reden, dass der Vorstand Sie ernst nimmt, die Aktionäre Sie verstehen – und die Journalisten möglichst noch eine griffige Schlagzeile bekommen. Das ist ein ganz schöner Spagat.

Tüngler: Wir müssen sehen, dass wir die HV wieder mehr ent-"rechtlichen" und mehr über das Geschäft reden. Und nicht nur vorformatierte Antworten gegeben werden, die fast schon sinnentleert sind, weil es nur noch um eine rechtliche Absicherung geht. Der Informationsgehalt einer Hauptversammlung für die Aktionäre wird sonst so gering, dass sie sich gerade noch ein Bild machen können, ob der Vorstand geradeaus gucken und sprechen kann.

MONEY: Wie kann die Schutzvereinigung mehr Einfluss ausüben?

Hocker: Die DSW vertritt durchaus nennenswerte Stimmrechtsanteile, da wir auch mit institutionellen Anlegern zusammenarbeiten. Aber es gelingt uns immer wieder, Stimmrechtsmehrheiten zu organisieren. Bei der Lufthansa-HV haben wir beispielsweise vor einiger Zeit dafür gesorgt, dass dem Gewerkschaftsvertreter Frank Bsirske die Entlastung verweigert wurde. Hintergrund war, dass Herr Bsirske in seiner Rolle als Vorsitzender der Gewerkschaft Verdi Streiks gegen das eigene Unternehmen organisierte.

Tüngler: Für uns ist es ganz entscheidend, Mehrheiten zu organisieren.

MONEY: Ist das durch ETF-Anleger einfacher, die ihre Stimmrechte auf Hauptversammlungen überhaupt nicht ausüben?

Tüngler: Das ist ein strukturelles Problem der Hauptversammlung, weil sich Mehrheiten schnell verschieben können. Passives Geld ist dumm. Wir dürfen uns aber nicht zurücklehnen, weil es auf Grund der ETFs auf dem Papier einfacher ist, Mehrheiten zu bekommen. Wir müssen vor allem unsere Hausaufgaben machen. Wenn wir wie bei VW oder auch bei der Deutschen Bank eine Sonderprüfung beantragen, bekommen wir natürlich auch Unterstützung von institutionellen Anlegern. Und wir haben auch gar keine Scheu, mit allen Aktionären zusammenzuarbeiten, die die gleichen Interessen verfolgen wie wir. Bei VW haben uns inländische Fondsge-

sellschaften von Landesbanken unterstützt. Das hätte ich nie und nimmer erwartet. Das passive Geld geht mit, wenn Aktivisten auf den Plan treten. Die bekommen dann mit zwei Prozent der Stimmrechtsanteile eine Mehrheit zusammen. Das geht nur, weil sich die großen Fondsgesellschaften eine Überrendite erhoffen und ihre Stimmen den Aktivisten geben.

MONEY: Betrachten Sie Aktivisten als Konkurrenz? Da sehen die Aktionäre: Die tun etwas.

Tüngler: Das ist ein Punkt, mit dem wir uns stark auseinandersetzen müssen. Entsteht der Eindruck, die handeln – aber die DSW nicht? Wir müssen jeden Einzelfall genau prüfen: Nicht jeder Aktivist hat Interesse daran, dass es dem Unternehmen nachhaltig gutgeht. Wenn ein Aktivist mit einem 10-Prozent-Stimmrechtsanteil einen Aufsichtsrat komplett übernehmen will, stimmen wir dagegen. Wenn es um Verbesserungen der Corporate Governance oder des Geschäftsmodells geht, dann sind wir dabei.

Hocker: Wir haben einen ganz anderen Ansatz. Wir besuchen im Auftrag unserer Mitglieder fast jede Hauptversammlung in Deutschland. Das sind 650 bis 700 pro Jahr. Und bei der Mehrheit der Hauptversammlungen müssen wir uns gar nicht lautstark gegen den Vorstand positionieren. Nämlich dann, wenn das Unternehmen vernünftig läuft, der Vorstand gute Arbeit leistet. Dabei entsteht natürlich leicht der Eindruck, die DSW tut gar nichts. Weil wir eben so viele Hauptversammlungen besuchen und nicht nur dort hingehen, wo es brennt.

Tüngler: Wir haben uns ganz bewusst dafür entschieden, die meisten Hauptversammlungen zu besuchen. Unsere Mitglieder haben viele Small- und Microcap-Aktien – und erwarten für ihren Mitgliedsbeitrag, dass wir sie dort vertreten.

MONEY: Können Sie an einem konkreten Fall schildern, wie die DSW arbeitet?

Tüngler: Ein großer Fall war die IKB. Dort war viel schiefgelaufen. Wir haben einen Sonderprüfungsantrag gestellt, bei dem eigentlich zu erwarten war, dass er nicht durchgeht. Weil der Bund Hauptaktionär war. Aber der Bund hat – aus welchen Motiven auch immer – unser Petitum unterstützt und sich dem Sonderprüfungsantrag angeschlossen.

MONEY: Wie läuft so etwas ab? Kommt da ein Anruf aus dem Ministerium?

Hocker: Wir haben diesen Antrag unabhängig gestellt. Um einen solchen Antrag zu stellen, brauchen wir ja erst einmal keine Mehrheit. Dann beobachten die anderen Anteilseigner, was passiert. Ist der Antrag sauber durchformuliert und juristisch haltbar? Dann fangen die großen Aktionäre an zu überlegen. Im Fall IKB konnte sich der Bund es gar nicht leisten, die Durchforstung der Gesellschaft nicht zuzulassen.

MONEY: Sichern Sie sich schon im Vorfeld die Unterstützung anderer Aktionäre?

Tüngler: Wenn wir ein Quorum brauchen, beginnen wir herumzutelefonieren und bekommen ein Gefühl, wie die Stimmung bei den anderen Aktionären ist. Es kommen auch größere private Aktionäre auf uns zu. So haben wir bei der IKB Signale aus dem Ministerium erhalten, dass man sich unserem Antrag anschließen werde.

Hocker: Ich war beispielsweise im Telekom-Aufsichtsrat. Da trifft man beim Abendessen schon mal den Staatssekretär – und unterhält sich. Das Gleiche gilt für die Sachverständigenkommission oder die Corporate-Governance-Kommission. Wir sind in den wichtigen Gremien und sprechen dort mit den anderen Mitgliedern. Das ermöglicht Kontakte und Gespräche, diese Möglichkeit haben andere Aktionärsvereinigungen gar nicht.

MONEY: Welche Angebote macht die DSW Anlegern sonst noch?

Tüngler: Wir veranstalten pro Jahr 100 Aktienseminare, in denen wir Wissen vermitteln in Partnerschaft mit Unternehmen. Ganz wichtig ist für uns dabei, unabhängig zu bleiben. Seit 1963 unterstützt die DSW außerdem die Idee von Investmentclubs. In Deutschland gibt es 4500 dieser Clubs, die sich regelmäßig treffen und Geld in die Hand nehmen, um in Aktien zu investieren. Dort wird über Geld geredet – in Deutschland passiert das viel zu selten. Und die Teilnehmer beschäftigen sich mit dem Thema. Wir halten diese Idee für sehr gut und unterstützen die Clubs mit einer Mustersatzung. Zurzeit erleben wir eine neue Gründungswelle.

MONEY: Welche Rolle spielen für Sie Europa und die EU?

Tüngler: Wir haben inzwischen auch sehr gute Verbindungen in die Europäische Kommission nach Brüssel und zu der europäischen Aufsichtsbehörde, der ESMA, in Paris. Wir sind die einzige deutsche Aktionärsvereinigung, die Privatanleger in Brüssel und Paris vertritt. Das ist sehr wichtig, da die Regulierung immer mehr über die europäischen Gremien läuft.



Hocker: Wir besuchen auch europäische Hauptversammlungen, was ganz wichtig für institutionelle Partner ist. Wir besuchen insgesamt 100 europäische Hauptversammlungen im Jahr, darunter alle Stoxx-50-Unternehmen. Und da erlebt man, dass in anderen Ländern alles etwas anders abläuft. In London war ich vor Jahren bei der Hauptversammlung von British American Tobacco. Ein Nichtraucher-Aktivist aus Kanada redete sich immer mehr in Rage. Nach einigen Minuten bat der BAT-Chairman ihn, zum Ende zu kommen. Der Aktivist rief noch: "Fühlen Sie sich schuldig?" Der Chairman antwortete: "No, Sir. Next question." In Deutschland wäre nach dieser Aussage die Hauptversammlung geplatzt.

Tüngler: Ich war dieses Jahr bei Philips. Nach fünf sehr dezenten Fragen meinte der Chairman: "So. Ich habe das Gefühl, es reicht jetzt." Dann gab es noch eine Frage – und es war Schluss. Wir haben in Deutschland sicherlich einige Probleme bei den Hauptversammlungen. Aber im Ausland ist vieles nicht besser, sondern eher schlechter. Das ist für uns natürlich sehr interessant zu beobachten.

MONEY: Wie groß sind die Unterschiede?

Tüngler: In Großbritannien gibt es keine Anfechtungsklage. Deswegen sind dort die Aktivisten so stark – weil es keine juristische Möglichkeit gibt, um sich gegen den Vorstand durchzusetzen.

MONEY: Was tut die DSW für die Aktionärskultur?

Tüngler: Wir haben uns überlegt, wie kann man die Aktionärskultur in Deutschland überhaupt fördern? Das ist nach den Erfahrungen vieler Privatanleger mit dem Neuen Markt oder der Telekom schwierig. Es bedarf daher neuer Anreize. Und die könnten durchaus steuerlicher Natur sein. Deswegen steht eine neue Bundesregierung in der Verantwortung, die Abgeltungsteuer nicht abzuschaffen. Wir haben darüber hinaus beispielsweise vorgeschlagen, volkswirtschaftlich sinnvolle Geldanlagen steuerlich besserzustellen - und somit auch das langfristige Investieren besserzustellen als das kurzfristige. Die Deutschen steigen viel zu oft kurzfristig ein, und dann auch noch zum Höhepunkt bei den Aktienkursen. Dann sind sie enttäuscht und kaufen windige Anlagen wie die Prokons dieser Welt. In Deutschland steckt die Aktie in einer Schmuddelecke. Das muss sich ändern, und wir müssen bei den Privatanlegern die Aktie wieder als Instrument zur Altersvorsorge etablieren. Wenn wir die Bundesbürger mit mehr Wissen versorgen, steigen sie vielleicht dann ein,

wenn die Kurse unten sind – und profitieren so von ihrem Wissen.

MONEY: Die Deutschen könnten viel von anderen Ländern lernen?

Hocker: Andere Länder sind da in der Tat schon viel weiter. Kein Wunder, dass 70 Prozent der Dax-Aktien in ausländischer Hand liegen. Wir arbeiten für den Erfolg der anderen. Das muss anders werden.

Tüngler: In Deutschland gibt es viele Forderungen, die Aktie höher zu besteuern. Nach dem Motto: Aktien haben nur die Reichen – und die werden immer reicher. Und die Armen immer ärmer. Deswegen sollen Aktien höher besteuert werden. Für uns ist die Lösung genau umgekehrt: Es müssen alle Aktien haben – und an der Wertschöpfung deutscher Unternehmen mitverdienen. Die Reichen werden reicher, weil sie Sachwerte haben. Die anderen haben Geldwerte. Die Sachwerte müssen eine breitere Basis finden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Leute aufwachen und merken, dass die Aktie kein Teufelszeug ist.

MONEY: Das ist angesichts der Höchststände beim Dax wahrscheinlich derzeit schwierig.

Tüngler: Wir sind aktuell in einem Best-Case-Szenario. Den meisten Aktiengesellschaften geht es zurzeit sehr gut. Das kann sich ändern, wenn der Euro weiter steigt, Energie teurer wird und die Zinsen nach oben gehen. Dann fängt unsere Arbeit erst richtig an. Wir müssen vorbereitet sein, wenn es den Unternehmen und der Börse schlechter geht. Früher war es so, dass die Mitgliederzahlen in schlechten Börsenphasen gestiegen und in guten gefallen sind. In der guten Börsenphase der vergangenen acht Jahre haben wir aber unsere Mitgliederzahl gesteigert. Das stimmt mich optimistisch.

Hocker: Unser Ziel bleibt: Aus den Deutschen ein Volk von Aktionären zu machen.



Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW) feierte im Jahre 2017 ihr 70-jähriges Bestehen. Anlässlich des Jubiläums trafen sich Experten aus Praxis und der Lehre am 30. November 2017 im Industrieclub Düsseldorf, um über den aktuellen Stand und die zukünftige Entwicklung der Corporate Governance und des Anlegerschutzes in Deutschland zu diskutieren.

Rund 200 Teilnehmer folgten dem Ruf der DSW und tauschten sich über aktuelle gesellschaftsrechtliche Herausforderungen und den Schutz der Minderheitenrechte aus. Im Zentrum der Diskussionen stand dabei auch immer wieder die Frage, inwiefern ausländische Investoren mit ihren Vorstellungen von einer guten oder ganz eigenen Corporate Governance auf das deutsche, dualistische System einwirken. Dabei ging es nicht nur um sog. aktivistische Investoren, die mit wenig Geld meist viel in den Unternehmen bewirken wollen. Vielmehr ging es auch um das Selbstver-

ständnis unserer gesellschaftsrechtlichen Ordnung und die "richtige" Rolle der Hauptversammlung und der Aktionäre in der Kompetenzverteilung. Selbstverständlich waren dabei auch Themen wie die Vorstandsvergütung oder aber unser Haftungsregime auf der Tagesordnung.

Die Diskussionen waren intensiv und vielfältig und haben vor allen Dingen gezeigt, dass wir uns gerade in einer besonders spannenden Situation wiederfinden, in der sehr viele bisherige Selbstverständlichkeiten hinterfragt werden, wir uns aber zugleich auch der Erfolge unseres bisherigen Systems bewusst sein müssen. Eine gesunde Mischung aus neuen Impulsen – gerade aus dem angelsächsischen Rechtsraum – unter Wahrung unserer gewachsenen Strukturen wird dabei wohl der beste Weg sein. Hierin waren sich die Teilnehmer unseres DSW-Symposiums zum 70-jährigen Bestehen der Schutzvereinigung nahezu uneingeschränkt einig.





Impressionen vom Symposium zum 70-jährigen Bestehen der DSW









Impressionen vom Symposium zum 70-jährigen Bestehen der DSW





























DSW-Zentrale

Peter-Müller-Straße 14 40468 Düsseldorf

Telefon: +49(0)211-6697-02 Telefax: +49(0)211-6697-60 **Postanschrift:**

Postfach 35 01 63 40443 Düsseldorf

Geschäftsführung

Marc Tüngler

Hauptgeschäftsführer Rechtsanwalt Jella Benner-Heinacher

Stellv. Hauptgeschäftsführerin Rechtsanwältin

Thomas Hechtfischer

Geschäftsführer Rechtsanwalt

Präsidium

Dr. Otto Graf Lambsdorff †

Bundesminister a.D., Bonn Ehrenpräsident

Roland Oetker

Geschäftsführender Gesellschafter der ROI Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf Ehrenpräsident

Ulrich Hocker

Rechtsanwalt, Düsseldorf Präsident

Daniela Bergdolt

Rechtsanwältin, München Vizepräsidentin

Klaus Nieding

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main Vizepräsident Karin B. Arnold

Rechtsanwältin und Notarin, Berlin

Dr. Florian Drinhausen

Rechtsanwalt, Kronberg

Ulrich M. Harnacke

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Mönchengladbach

Dr. rer. oec. Rolf Pohlig

Unternehmensberater, Mülheim an der Ruhr



Kuratorium

Dr. Patrick Adenauer

Geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe BAUWENS GmbH & Co. KG, Köln

Prof. Dr. Alexander Bassen

Universität Hamburg, Fakultät Wirtschaftsund Sozialwissenschaften, Hamburg

Dr. Nicolas Blanchard

Rechtsanwalt, München

Michael O. Bentlage

Vorsitzender des Vorstands Hauck & Aufhäuser Privatbankiers, Frankfurt

Dr. Ralf Bethke

ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats K+S AG, Kassel (Mitglied des Kuratoriums bis Mai 2017)

Prof. Dr. Edgar Ernst

Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V. (DPR), Berlin

Dr. Jürgen Flaskamp

Mitglied des Verwaltungsrates Flaskamp Invest S.A., Luxemburg

Prof. Dr. Gunther Friedl

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre und Controlling, Technische Universität München

Karin-Brigitte Göbel

Vorsitzende des Vorstands Stadtsparkasse Düsseldorf, Düsseldorf

Ulrich Grillo

Vorsitzender des Vorstands der Grillo-Werke Aktiengesellschaft, Duisburg (Mitglied des Kuratoriums ab dem 10. November 2017)

Dr. Stephan Howaldt

Vorsitzender des Vorstands der Howaldt & Co. Investmentaktiengesellschaft TGV, Hamburg

Dr. Klaus Kessler

Rechtsanwalt, Stuttgart

Klaus Rainer Kirchhoff

Vorsitzender des Vorstands der Kirchhoff Consult AG, Hamburg

Prof. Dr. Roland Klose

FOM-dips (Deutsches Institut für Portfoliostrategie), Essen

Dr. Thomas Kurze

Unternehmensberater, Berlin

Dr. Arno Morenz

Independent Director und Member of the Audit Committee Fidelity Funds, Luxemburg

Prof. Dr. Ulrich Noack

Professor am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handelsrecht und Wirtschaftsrecht, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf

Andreas L.J. Povel

Unternehmensberater, Bad Homburg (Mitglied des Kuratoriums ab dem 10. November 2017)

Dr. Volker van Rüth

Sprecher der Geschäftsführung BayernInvest Kapitalanlagegesellschaft mbH, München

Helmut Ruwisch

ehem. Vorstandsvorsitzender Indus Holding AG, Bergisch Gladbach

Herbert J. Scheidt

Präsident des Verwaltungsrates der Bank Vontobel AG, Zürich/Schweiz

Dr. Erhard Schipporeit

Selbständiger Unternehmensberater, Hannover, und Mitglied des Aufsichtsrates der SAP, RWE u. a.

Günter T. Schlösser

Geschäftsführender Gesellschafter Portfolio Concept Vermögensmanagement GmbH, Köln

Prof. Dr. Theo Siegert

Geschäftsführender Gesellschafter de Haen Carstanien & Söhne, Düsseldorf

Prof. Dr. Stefan Simon

Rechtsanwalt und Mitglied im Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG, Frankfurt

Dyrk Vieten

Geschäftsführer Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (Mitglied des Kuratoriums ab dem 10. November 2017)

Jens Wöhler

Mitglied des Vorstands S Broker AG & Co. KG, Wiesbaden

Dr. Christian Wrede

Geschäftsführer

Taunus Capital Advisory GmbH, Frankfurt

Landesverbände

Baden-Württemberg

Rechtsanwalt Dr. Daniel Jenderek Esslinger Strasse 40 70182 Stuttgart

Tel.: +49(0)711-6698-20 Fax: +49(0)711-6698-210 info@jenderekrae.de

Bayern

Rechtsanwältin Daniela Bergdolt Nibelungenstraße 84 80639 München

Tel.: +49(0)89-386654-30 Fax: +49(0)89-386654-59 info@ra-bergdolt.de

Berlin

Rechtsanwalt und Notar Dr. Malte Diesselhorst Ludwigkirchstr. 9 10719 Berlin

Tel.: +49(0)30-88023-0 Fax: +49(0)30-88023-200 diesselhorst@dvl-ra.de

Bremen

Rechtsanwalt Dr. Peer Koch Schlachte 3 - 5 28195 Bremen

Tel.: +49(0)421-36505-0 Fax: +49(0)421-36505-60 koch@einem.de

Hamburg/Schleswig-Holstein

Rechtsanwalt Dr. Dirk Unrau Deliusstr. 16 24114 Kiel

Tel.: +49(0)431-6701-208 Fax: +49(0)431-6701-55208 unrau@cc-recht.de

Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

Rechtsanwalt Klaus Nieding An der Dammheide 10 60486 Frankfurt

Tel.: +49(0)69-238538-0 Fax: +49(0)69-238538-10 k_nieding@niedingbarth.de

Niedersachsen

Rechtsanwalt Alexander von Vietinghoff-Scheel Seilerstraße 13 30171 Hannover

Tel.: +49(0)511-89978874 Fax: +49(0)511-54431715 vietinghoff@kanzlei-vietinghoff.de

Nordrhein-Westfalen

Rechtsanwältin Christiane Hölz Postfach 35 01 63 40443 Düsseldorf

Tel.: +49(0)211-6697-18 Fax: +49(0)211-6697-70 christiane.hoelz@dsw-info.de



Aufsichtsratsmandate

Stand: 31.12.2017

- AGROB Immobilien AG
- ALBIS Leasing AG
- A. S. Création Tapeten AG
- Berentzen AG
- DMG Mori Aktiengesellschaft
- Feri Finance AG

- freenet AG
- Gelsenwasser AG
- innogy SE
- InnoTec TSS AG
- K+S AG

Weitere Mitgliedschaften/Sonstiges

- Börsenrat der RegionalbörsenDüsseldorf/München/Hannover/Berlin/Stuttgart
- Übernahmebeirat der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin)
- Verbraucherbeirat der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin)
- Private Investors Regulation Committee bei der Börse Stuttgart
- Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V. (DPR)
- Börsensachverständigenkommission (BSK)
- Regierungskommission
 Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK)
- Expert Corporate Governance Service (ECGS)

- BetterFinance
- Financial Services User Group (FSUG)
- Beirat Institut für Vermögensaufbau (IVA)
- Beirat Marktwächter Finanzen
- ESMA Securities and Markets Stakeholder Group (SMSG)

Die DSW ist zudem

- Partner und Förderer des Bundesverbandes der Börsenvereine an deutschen Hochschulen e.V. (BVH),
- Dachverband der deutschen Investmentclubs sowie
- Gründungsmitglied des Arbeitskreises deutscher Aufsichtsrat e.V. (AdAR).

